

# COULEUR

AUSGABE 2  
SOMMER 2019



## Unsere Gesellschaft.

WIE WOLLEN WIR  
FUNKTIONIEREN?

S.6

### Der glückliche Staat

Sind wir freie Bürger oder nicht?

S.24

### Gymnasium: Wachsam bleiben!

Aktivität in der Schulpolitik.

**EVN**  
Energie. Wasser. Leben.

# WASSER FÜR *di und mi.*

Was die Menschen in Niederösterreich bewegt,  
erzählen sie jetzt auf [di-und-mi.at](http://di-und-mi.at)

**No 1**  
Studentenheime  
in Österreich!



Gemeinnützige Studentenwohnbau AG  
A-1080 Wien | Strozzigasse 6-8  
[www.stuwo.at](http://www.stuwo.at) | [bewerbung@stuwo.at](mailto:bewerbung@stuwo.at)  
Infohotline: (+431) 40493 - 618



- 11x in Wien
- 2x in Graz
- Krems, Lambach,  
Innsbruck & Villach

Seit mehr als 20 Jahren die  
1. Wohnadresse für uns Karteller!

Kontakt: Vorstand Kbr. MMag. Florian Huemer | [bewerbung@stuwo.at](mailto:bewerbung@stuwo.at)

# COULEUR

03/2019

IM HERBST  
IN DEINEM  
BRIEFKASTEN!



SONDERTHEMA:  
**MOBILITÄT**



DEINE VERBINDUNG ZUM COULEUR: [couleur@mkv.at](mailto:couleur@mkv.at) / [inserate@mkv.at](mailto:inserate@mkv.at)



# INHALT

## 4 NEUWAHLEN WAREN KEIN WUNSCH, SONDERN EINE NOTWENDIGKEIT.

ÖVP-Clubobmann August Wöginger im Gespräch zur innenpolitischen Lage.

### 6 Der glückliche Staat

Rainhard Kloucek (Lp) zur Frage: Sind wir freie Bürger oder nicht?

### 8 Es ist wichtig, dass wir glaubwürdig auftreten

Die neue Europaabgeordnete Karoline Edtstadler (Ets) im Interview.

### 12 Sola scriptura oder: Was bringt das Gesetz?

Alexander Putzendopler (ASG) hinterfragt, ob Recht die Gesellschaft prägt oder umgekehrt.

### 14 Zur Religionsfreiheit heute

Gerhard Jandl (HRW) mit einem Überblick, wie es um die freie Religionsausübung steht.

### 16 Montanunion reloaded!

Stefan Haböck analysiert die Postenvergabe auf EU-Ebene mit einem besonderen Blick auf die Ost-West-Kluft in Europa.

### 18 Das Halten von Menschen in Staaten ist nicht artgerecht

Herbert Geyer (AUK) fragt, ob wir für die Demokratie überhaupt geeignet sind.

### 20 Weiter kommen mit Weiterbildung

Christian Bayer (FRW) im Interview zu Aus- und Weiterbildung.

### 22 Wie Automatisierung unsere Gesellschaft verändert.

Philipp Stöfelz (LBK) mit einigen aktuellen Aspekten zur Digitalisierung.

### 24 Pro Gymnasium: Wachsam bleiben!

Rudolf Öller (LBS) und Wolfgang Türtscher (CLF) sprechen über Schulpolitik.

### 26 Er, sie, es nervt

Sophie Lauringer (EiW) erteilt der gegenderten Sprache aus Sicht einer Frau eine Absage.

### 28 Glossen

### 29 Bücher

### 30 Comic

## EDITORIAL

Gesellschaft.

Ein großes Wort. Es bezeichnet in der Soziologie allgemein eine durch unterschiedliche Merkmale zusammengefasste und abgegrenzte Anzahl von Personen, die als sozial Handelnde miteinander verknüpft leben und direkt oder indirekt sozial interagieren. Dabei kann der Begriff sowohl die Menschheit in ihrer Gesamtheit als auch einzelne, mehr oder weniger deutlich abgegrenzte Gruppierungen meinen.

In welcher Form wir als Gesellschaft zusammenleben wollen, damit befasst sich die hier vorliegende Ausgabe des „Couleur“. Dazu reflektieren wir einen breiten Bogen an Themen – angefangen bei dem uns so wichtigen Thema der Subsidiarität, aktuelle politische Ereignisse wie die jüngst stattgefundenen Europawahl oder die Vorkommnisse rund um das Ibiza-Video, mit all seinen Folgen, bis hin zu Weiterbildung, Religionsfreiheit, Schulpolitik und Gender Mainstreaming. All das soll dazu beitragen, auch unsere eigenen Ideen rund um Gesellschaft näher zu reflektieren.

Ich wünsche eine interessante Lektüre!



**PHILIPP JAUERNIK (FRW)**  
CHEFREDAKTEUR

# NEUWAHLEN WAREN KEIN WUNSCH, SONDERN EINE NOTWENDIGKEIT.

Die österreichische Innenpolitik ist in Aufruhr: Nach der Ibiza-Affäre letztlich sogar erstmals in der Geschichte der zweiten Republik die Bundesregierung gestürzt. Der Klubobmann der stärksten Parlamentsfraktion, August Wöginger, im Interview zu Erfolgen und Verantwortung.

**MITARBEIT: TOBIAS KLAGHOFER (VBW)**

*Herr Klubobmann, die türkis-blaue Koalition hat deutlich früher geendet, als man das vor wenigen Wochen noch für möglich gehalten hat. Wie resümieren Sie die knapp anderthalb Jahre dieser Zusammenarbeit?*

Wir haben in dieser Bundesregierung – die leider aufgrund der untragbaren Aussagen von Ex-FPÖ-Chef Strache im Ibiza-Video sowie der mangelnden Einsicht der FPÖ betreffend deren Tragweite beendet werden musste – viel für unser Land und die Bevölkerung umgesetzt. Wir haben im Bereich der Universitäten die Finanzierung auf neue Beine gestellt und für zusätzliche Mittel in Höhe von 1,3 Mrd. Euro sowie bessere Studienbedingungen gesorgt. Mit dem Familienbonus Plus haben wir einen familienpolitischen Meilenstein gesetzt, von dem 950.000 Familien mit 1,6 Mio. Kindern von bis zu 1.500 Euro im Jahr profitieren. Mit dem Sicherheitspaket, das 2.100 neue Polizisten auf die Straße und 2.000 Ausbildungsplätze bringt, haben wir für eine noch höhere Effizienz im Kampf gegen die Kriminalität Sorge getragen. Überdies haben wir mit dem Doppelbudget 2018/19 der Schuldenpolitik ein Ende gesetzt: Österreich

macht erstmals seit 1954 keine neuen Schulden.

*Ganz persönlich: Was ging in Ihnen vor, als Sie die Videos mit Strache und Gudenus aus Ibiza zum ersten Mal gesehen haben?*

Es war ein tiefgreifender Schock, der ja nicht nur mich, sondern unser ganzes Land erfasst hat. Die Aussagen über den Verkauf unseres heimischen Wassers, dubiose Umgehungsstrukturen zur Parteienfinanzierung und über die Medien sind ein Skandal. Für Sebastian Kurz und uns als neue Volkspartei war klar, dass es hier scharfe Konsequenzen geben und die FPÖ umgehend handeln muss. Klar war auch, dass ein Übergehen zur Tagesordnung unmöglich ist.

*Unter welchen Bedingungen wäre für Sie eine Weiterführung der Zusammenarbeit möglich gewesen?*

Die Rücktritte von HC Strache und Johann Gudenus waren alternativlos. Ebenso wie die Abberufung von Herbert Kickl als Innenminister, der 2017 – als das Ibiza-Video aufgenommen wurde – FPÖ-Generalsekretär war. Dagegen hat sich die

FPÖ massiv gewehrt und auch keine Einsicht erkennen lassen, dass es sich bei den Aussagen im Ibiza-Video um einen der größten Skandale in der Geschichte der Zweiten Republik handelt. Diese nicht vorhandene Einsicht und das Festhalten an Kickl haben eine Fortsetzung der Zusammenarbeit unmöglich gemacht. Die Neuwahlen waren kein Wunsch, sondern eine Notwendigkeit.

*Innenminister Kickl wurde dann vom Bundespräsidenten entlassen, bis auf Außenministerin Kneissl sind daraufhin alle FPÖ-Minister zurückgetreten und wurden mit Experten ersetzt. Wenige Tage später hat ein von SPÖ, FPÖ und Jetzt unterstützter Misstrauensantrag die gesamte Regierung gestürzt. Wie haben Sie diese Tage erlebt?*

Es war sehr schnell erkennbar, dass SPÖ und FPÖ eine merkwürdige rot-blaue Koalition bilden. Eine Koalition, die von Wut und Rache getrieben, kein anderes Programm hat, als „Kurz muss weg“. Um den Preis von Stabilität und Reputation unserer Republik hat Rot-Blau die Bundesregierung gestürzt, um sich vermeintlich einen Vorteil in der kommenden Wahlauseinandersetzung zu



verschaffen. Dabei wurden nicht nur die Wünsche von Bundespräsident Van der Bellen, der die um Experten ergänzte Regierung bis nach der Wahl arbeiten lassen wollte, ignoriert, sondern auch jene der Menschen. Eine klare Mehrheit war gegen den Sturz der Bundesregierung und dafür, Sebastian Kurz weiter als Bundeskanzler arbeiten zu lassen.

*Hat sich in Ihrem Empfinden die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen im Parlament seither merklich geändert?*

Es regiert derzeit das so genannte „freie Spiel der Kräfte“, in dem sich wechselnde Mehrheiten finden. Vor allem von Seiten der SPÖ, der FPÖ und der Pilz-Partei jetzt blühen die Ideen für Gesetzesinitiativen. Populismus und Wahlzuckerl werden dabei zur Prämisse gemacht. Das ist eine ernste Gefahr für die Zukunft Österreichs und geht zu Lasten unserer Kinder und Enkelkinder. Viele erinnern sich noch an die Wahlzuckerl-Schlacht 2008. Das wollen wir mit einer Wahlzuckerl-Sperre verhindern, für die es aber eine Zweidrittelmehrheit braucht. Leider nehmen die anderen Parlamentsparteien ihre Verantwortung aber nicht wahr und geben sich dem Casino-Parlamentarismus hin.

*Als Klubobmann sind Sie Chef der parlamentarischen Fraktion Ihrer Partei. Nun wurde die Situation, eine von Parlamentsmehrheiten unabhängige Regierung und dazu ein von der Regierung unabhängiges Parlament zu haben, von einzelnen Kommentatoren als Sternstunde des Parlamentarismus in Österreich bezeichnet. Wie beurteilen Sie das?*

Österreich hat in der Geschichte der Zweiten Republik immer ein starkes und selbstbewusstes Parlament gehabt. Die derzeitige Situation sorgt für wechselnde Mehrheiten und damit für viel Dynamik bei Gesetzesbeschlüssen. Wir befinden uns, wie gesagt, in einer Situation des „freien Spiels der Kräfte“. Es gilt, verantwortungsvoll und mit Sachverstand zu agieren.

*Es werden immer wieder Wünsche laut, dass Wähler gerne nicht nur eine Partei wählen würden, sondern auch bei der Koalition mitbestimmen wollen. Wie stehen Sie solchen Überlegungen gegenüber?*

Das Volk entscheidet über die Stärke der zur Wahl stehenden Parteien und sorgt so auch für eine repräsentative Abbildung des Wählerwillens. Daraus ergeben sich verschiedene Koalitionsvarianten, die möglich sind und die eben auch den Willen der Wähler widerspiegeln. Die Österreicher wissen

bei ihrer Wahlentscheidung genau, was sie wollen. Ein Wahlergebnis zeigt ja auch Präferenzen für Koalitionen auf. Diskutieren kann man natürlich über alles, allerdings bin ich der Ansicht, dass unser Wahlrecht in der derzeitigen Form ein gutes ist. Was die kommende Nationalratswahl betrifft ist jedenfalls klar: Wer Sebastian Kurz als Bundeskanzler will, der muss ihn und die Volkspartei auch wählen.



**AUGUST WÖGINGER**

*August Wöginger besuchte die Handelsakademie in Schärding. Nach der Matura war er bis 2017 Mitarbeiter des Roten Kreuzes in Oberösterreich. Seit 2003 ist er Bezirksobmannes des ÖAAB Schärding, seit 2015 Landesobmann des ÖAAB Oberösterreich. 2012 übernahm wurde er ÖAAB-Generalsekretär, 2016 Bundesobmann des ÖAAB. Seit 2003 ist er Gemeinderat in Sigharting (2008-2015 auch Vizebürgermeister). Er ist seit 2002 Abgeordneter zum Nationalrat. 2013 wurde er stellvertretender Klubobmann des ÖVP-Parlamentsklubs, seit 2017 ist er Klubobmann.*

# DER GLÜCKLICHE STAAT

Der Wohlfahrtsstaat steht in Gegnerschaft zum Subsidiaritätsprinzip, das als natürliches Ordnungsprinzip eine Aufforderung zur Eigenverantwortung wider die Bequemlichkeit ist. Es geht aber um die Frage: Sind wir freie Bürger oder nicht?

Sie gehört heutzutage zu den Modewörtern in so ziemlich allen Diskussionen über Europapolitik, über die EU und über die europäische Einigung. Die Subsidiarität. Seit dem Vertrag von Maastricht ist sie Bestandteil der europäischen Verträge. In Artikel 5 des EG-Vertrages heißt es: „In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.“

Soll es zu einer neuen Gesetzesinitiative auf EU-Ebene kommen, muss die Europäische Kommission nachweisen, dass die jeweilige Aufgabe auf EU-Ebene besser gelöst werden kann als in den Mitgliedstaaten. Im Vertrag von Amsterdam wurde noch ein Subsidiaritätsprotokoll verankert, das weitere Präzisierungen dazu enthält. Mittlerweile gibt es auch ein Verfahren, mit dem die nationalen Parlamente einschreiten können, wenn sie meinen, ein Vorschlag würde der Subsidiarität widersprechen.

## SUBSIDIARITÄT IST MEHR

Allerdings ist die Definition in Artikel 5 mangelhaft. Erstens weil sie

nur auf das Verhältnis zwischen EU und Mitgliedsstaaten abzielt, zweitens weil sie Subsidiarität auf eine Art Kompetenzabgrenzung reduziert, nach der Mitgliedsländer Kompetenzen auf die europäische Ebene heben. Tatsächlich ist aber Subsidiarität deutlich mehr, nämlich ein natürliches Ordnungsprinzip, das den Grundsatz „in dubiis libertas“ miteinbezieht. Es muss ja nicht zu allem eine gesetzliche Regelung geben (egal auf welcher Ebene), weil es so etwas wie Freiheit, Eigeninitiative und Eigenverantwortung gibt.

## KLARE DEFINITION IN DER KATHOLISCHEN SOZIALLEHRE

Präziser in der Definition war hier Papst Pius XI. in seiner Enzyklika „Quadragesimo anno“, in der er den „sozialphilosophischen Grundsatz“ (Subsidiarität), an dem „nicht zu rütteln noch zu deuteln ist“ definiert: „wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus

nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung.“

Pius XI. argumentiert, dass durch die Beachtung dieses Grundsatzes die jeweiligen Einheiten der Gesellschaft viel besser funktionieren, als wenn sich die Staatsgewalt in alle Bereiche einmischt: „je besser durch strenge Beobachtung des Prinzips der Subsidiarität die Stufenordnung der verschiedenen Vergesellschaftungen innegehalten wird, umso stärker stehen gesellschaftliche Autorität und gesellschaftliche Wirkkraft da, umso besser und glücklicher ist es auch um den Staat bestellt.“

## BIG GOVERNMENT - LIMITED CITIZEN

Der mittlerweile fast schon in Vergessenheit geratene Ökonom Felix Somary streicht genau diesen Grundsatz – das bessere Funktionieren des Staates bei Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips – in seinen „20 Sozialgesetzen der verkehrten Proportionen“ hervor. Im Gesetz Nummer 4 sagt er: „Je mehr Funktionen ein Staat übernimmt, desto schwerer ist seine Verwaltung zu kontrollieren.“ Und er ergänzt im Gesetz Nummer 5: „Je größer und je vielseitiger der Staat, desto einflussloser das Volk.“

Aber vielleicht liegt genau darin eines der Probleme mit dem Subsidiaritätsprinzip verborgen. Nimmt



*Papst Pius XI. (Abbildung auf einem Kirchenfenster von Notre-Dame à Granby in Québec, Kanada) formulierte einige zentrale Punkte der Subsidiaritätslehre, wie wir sie heute kennen.*

© SAMUELFRELI, CC BY-SA 3.0, [HTTPS://COMMONS.WIKIMEDIA.ORG/W/INDEX.PHP?CURID=22643029](https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=22643029)

man die Definition in der päpstlichen Enzyklika und bei Felix Somary ernst, dann ist hier auch eine Verpflichtung zur Eigeninitiative und zur Eigenverantwortung formuliert. Es ist ja nicht nur die Regelungswut von Politikern und Bürokraten, sondern auch die Bequemlichkeit des Einzelnen, der Ruf nach dem Staat, der doch die Dinge ordnen soll (auch wenn er, je mehr Aufgaben er nimmt, immer mehr zum Scheitern verurteilt ist), die das Prinzip der Subsidiarität in

den Hintergrund gedrängt haben. Übernommen hat der Wohlfahrtsstaat: ein politisches Konzept, das die Bürger – noch dazu mit ihrem eigenen Geld – vom Staat abhängig macht.

### LIMITED GOVERNMENT - FREE CITIZEN

Subsidiarität ist nicht denkbar ohne die Idee der Freiheit, weil Freiheit immer verbunden ist mit Verantwortung. Freiheit ohne

Verantwortung kann nicht existieren und Verantwortung kann aber auch nicht ohne Freiheit existieren. In dem Augenblick wo der Staat beginnt Dinge zu regeln, die genaugenommen in der Kompetenz des Einzelnen liegen, beschränkt er Freiheit und Verantwortung.

### FREIHEIT DES EINZELNEN

Wenn der Einzelne seine Verantwortung nicht mehr selber wahrnimmt, entschwindet auch der Begriff der Freiheit. Dann diskutieren wir über Subsidiarität, ohne uns tatsächlich im Klaren zu sein, was Subsidiarität bedeutet. Die Beschränkung der staatlichen Allmacht gehört ganz sicher zu ihrem Wesenskern. Man könnte es auch „limited government“ nennen.



### RAINHARD KLOUCEK (LP)

*studierte Volkswirtschaftslehre in Wien und war während seines Studiums Hochschülerschaftsmandatar sowie Generalsekretär der Jungen Europäischen Studenteninitiative (Jes). Später war er als Journalist tätig, bevor er 1996 als wissenschaftlicher Mitarbeiter ins Europäische Parlament wechselte. 1999 wurde Kloucek Generalsekretär der Paneuropabewegung Österreich, die sich für eine europäische Einigung auf christlich-subsidiärer Basis einsetzt.*

[www.paneuropa.at](http://www.paneuropa.at)

# ES IST WICHTIG, DASS WIR GLAUBWÜRDIG AUFTRETEN

Mit über 100.000 Vorzugsstimmen war die vormalige Staatssekretärin Karoline Edstadler (Ets) stimmenstärkste Kandidatin bei der vergangenen Europawahl. Rainhard Kloucek (Lp) hat mit ihr über Grundrechte, Außenbeziehungen und die Zukunft Europas gesprochen.

*Zuallererst dürfen wir herzlich zum hervorragenden Vorzugsstimmenergebnis gratulieren. Das Europäische Parlament ist auf fünf Jahre gewählt, es wird auch nicht wie nationale Parlamente gelegentlich frühzeitig aufgelöst. Wir gehen also einmal davon aus, dass Du die nächsten fünf Jahre mehr als 115.000 direkte Wählerinnen und Wähler in der Europapolitik vertreten werden. Hast Du Vorstellungen, Ziele, Schwerpunkte für diese Zeit?*

Edstadler: Mir geht es zum einen darum, dass wir alle Wählerinnen und Wählern, die vielleicht noch nicht davon überzeugt sind, dass Europa das einzige ist was uns in Zukunft zusammenhält, davon überzeugen. Das geht aus meiner Sicht, in dem wir Bürokratie abbauen, die Menschen viel direkter spüren lassen, was die Europäische Union für sie bringt, was sie leistet, was sie an Vorteilen schon gebracht hat. Aber wir müssen auch in die Zukunft schauen, und wir müssen vor allem die Sicherheit auf diesem Kontinent sicherstellen. Das ist mir ein ganz besonderes Anliegen. Da spreche ich natürlich davon, dass wir eine Lösung brauchen bei der Migrationsfrage. Wir wollen keine Grenze nach innen. Die Voraussetzung dafür ist aber ein sicherer Außengrenzschutz, hier gibt es sehr viel zu tun.

*Ganz grundsätzlich gefragt: Was bedeutet für Dich Europa, die europäische Einigung?*

Für mich gibt es kein Europa ohne Europäische Union. Ich bin knapp Vierzehn gewesen, als Österreich beigetreten ist. Ich habe mich sehr rasch, wie auch alle anderen, an die Vorteile gewöhnt. Aber ich weiß auch wie es davor war. Deshalb sage ich auch gerade zu jungen Menschen: studieren in allen Ländern, frei reisen zu können, kaum Geld wechseln zu müssen, das sind alles Dinge, die durch die Europäische Einigung möglich geworden sind. Für mich geht es darum, dass wir dieses Europa nach außen stärker machen, dass wir mit einer Stimme geeint auftreten und signalisieren: Wir sind eine Macht. Wir sind 500 Mio. Bürger auf diesem Kontinent, die in vielen Bereichen an die Spitze wollen.

*Welche sind die Politikfelder wo Europa, die Europäische Union, stark nach außen auftreten muss, wo braucht die Europäische Union mehr Souveränität?*

Das ist ganz klar in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Da geht es mir auch darum, dass wir wegkommen vom Einstimmigkeitsprinzip. Es ist wichtig, dass wir glaubwürdig auftreten und weltpolitikfähig sind. Der zweite Bereich

betrifft die Wirtschaft. Wir werden nicht als Mitgliedstaaten, als Einzelne, gegen Große wie China, Russland, Amerika bestehen können, sondern nur gemeinsam Handelsverträge ausverhandeln können. Das betrifft auch die Sicherheitspolitik. Hier braucht es mehr Zusammenarbeit und deshalb auch mehr Europäische Union. Aber wir sollten nie vergessen, dass wir ganz speziell gewachsen sind auf diesem Kontinent, dass es eigentlich kaum auf der Welt Länder gibt, die so kleinteilig sind, wo so viele Kulturen und Traditionen auf einem Raum sind. Deshalb: in Vielfalt geeint.

*Da geht es um die Aufgabe von Souveränitätsrechten ...*

...wenn man es zuspitzen möchte, ja, aber ...

*...Der Nationalstaat meint ja, dass er sämtliche Souveränität bündeln muss. Das ist das Konzept des Nationalstaates. Deswegen gehen viele davon aus, dass die Europäische Union so etwas wie ein Nationalstaat, nur auf einer europäischen Ebene, sein muss. Kann das funktionieren?*

Es ist so, dass wir Mitgliedsstaaten haben – das Wort Nationalstaat lehne ich in dem Zusammenhang ab –, die natürlich gewisse Souveränitätsfelder haben. Da gehört für mich zum Beispiel die Finanzpolitik



dazu. Es ist Ausdruck der Souveränität eines Staates über die eigenen Finanzen bestimmen zu können. Ich empfinde es nicht als Aufgeben von Souveränität, wenn wir die Kooperation verstärken. Gerade im Bereich des Militärs müssen wir mehr zusammenarbeiten, im Bereich der Cyber-Crime-Gefahr. Die spüren wir ja jetzt schon tagtäglich. Wenn nun irgendwo ein großer Konflikt tobt, und dann kommen aus Europa von verschiedenen Staats- und Regierungschefs an einem Nachmittag fünf Meinungen, am nächsten Tag noch vielleicht fünf, und das wars, dann ist das nicht welt politikfähig. Da ist es mir weniger wichtig – das habe ich auch im Wahlkampf immer gesagt –, dass sich ein einzelner Staat mit einer Meinung durchsetzt und damit blockiert, sondern es ist wichtiger, dass Europa mit einer Meinung auftritt, vielleicht auch in Form einer Person. Es ist wichtig,

dass Europa da mit einer Stimme spricht.

*In vielen Bereichen gibt es ja bereits Mehrheitsbeschlüsse. Nur mehr in wenigen Bereichen, wie beispielsweise bei Vertragsänderungen, ist die Einstimmigkeit gefordert.*

Gut, Vertragsänderungen wird man immer nur einstimmig machen können. Das ist wie bei der Europäischen Menschenrechtskommission. Nur wenn alle zustimmen, kann es auch für alle gelten.

*Es wird ja mittlerweile von einigen Leuten kritisiert, dass die Europäische Union ein Rechtsstaatlichkeitsproblem habe. Vor allem bezogen auf die Reaktionen beim Bruch der Stabilitätskriterien, wo man außerhalb des Vertrages die No-bail-out-Klausel gebrochen hat.*

*Hat die Europäische Union dieses Problem der Rechtsstaatlichkeit?*

Es hat weniger die Europäische Union dieses Problem der Rechtsstaatlichkeit,...

*...oder haben es die Mitgliedsstaaten? ...*

... sondern es haben in den vergangenen Jahren einzelne Mitgliedsstaaten Grenzen überschritten. Sukzessive ging das ein bisschen in Richtung Aushöhlung des Rechtsstaates. Da muss dann schneller eingegriffen werden. Da darf man nicht zuschauen, bis dann wirklich Richter entlassen werden, wie wir das ja hatten. Das sind nämlich die Grundfesten unserer Gemeinschaft. Wir haben eine Wertegemeinschaft, wir haben uns geeinigt auf Rechtsstaatlichkeit, auf Demokratie, auf Menschenrechte. Wenn wir da nicht drauf schauen, dass das von allen

eingehalten wird, dann kriegen wir ein Problem.

*Wir haben ja ein Glaubwürdigkeitsproblem am Balkan, wenn ich jetzt die Kosovo- Visa-Liberalisierung hernehme. Kosovo hat alle vorgegebenen Kriterien erfüllt. Die Kommission hat Ja zur Visaliberalisierung gesagt, ebenso das Europäische Parlament. Nur einige Mitgliedsstaaten sagen*

*Nein. Ist das ein Problem mit der Glaubwürdigkeit Europas?*

Es ist schwierig, gerade für die Kosovaren. Sie haben eine Visa-Liberalisierung mit der Türkei und kommen damit leichter nach Istanbul oder Ankara und nicht nach Paris und Wien. Ich halte das schlicht und ergreifend für falsch. Vor allem was ich total ablehne ist diese Karottenmentalität. Zuerst die Karotte hinhalten

und dann sagen: Nein, jetzt doch nicht.

*Wir haben im Osten der Europäischen Union die Ukraine, die von ihrem östlichen Nachbarn überfallen worden ist. Es gibt immer wieder Forderungen nach einem Ende der Sanktionen gegen Russland. Wie gehen wir um mit einem Nachbarn der wie der Elefant im Porzellanladen seinen Nachbarn zertritt?*



Das ist ein schwieriges Thema, mit dem ich mich auch schon während meiner Zeit im Europarat befasst habe. Wir werden das Rad der Zeit wahrscheinlich nicht zurückdrehen können. Also ich schließe nahezu aus, dass Russland irgendwann die Krim zurückgeben wird. Zurückgeben ist das falsche Wort, weil völkerrechtlich gehört sie immer noch zur Ukraine und nicht zu Russland. A la longue ist aber wahrscheinlich eine Ausschlusspolitik auch nicht zielführend, gerade bei dem Hintergrund, dass man das Ziel nicht mehr erreichen wird können, weil Fakten geschaffen worden sind. Also glaube ich schon, dass wir eine Politik des aufeinander zugehen brauchen. Wir haben einfach sehr viel Export nach Russland. Es ist auch ein Wirtschaftsfaktor. Wir müssen beide einbinden, Russland und die Ukraine, vielleicht kann man hier einen Ausgleich schaffen.

*Verlässt man damit nicht das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit? Im Budapester Memorandum hat Russland die Ukraine in ihren Grenzen anerkannt.*

Wir sind hier weniger im Bereich der Rechtsstaatlichkeit als im Bereich der völkerrechtlichen Verträge. Es ist eine höchst heikle Frage. Wir müssen beide Staaten einbeziehen, auch die Bevölkerung, die davon betroffen ist. Aber wir werden nicht ewig eine Blockade- und

Ausschlusspolitik betreiben können, damit kommen wir auch nicht weiter.

*Kommen wir noch einmal zurück zum Europäischen Parlament. Das hat sich im EU-Institutionengefüge doch eine Rolle als eigentliches Parlament erarbeitet, die ja nationale Parlamente durch die Bindung an die Regierung nicht haben. Jetzt gibt es mit dem Spitzenkandidaten-Modell einen Versuch, dieses Konstrukt aus dem Nationalstaat bei der Besetzung der Kommission auf europäischer Ebene anzuwenden. Findest Du das richtig? Müsste das Modell dann nicht auch bedeuten, dass man europaweite Listen hat?*

Das ist die grundsätzliche Frage, wie man das Europäische Parlament sieht. Das Europäische Parlament ist die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger Europas, nämlich aus den einzelnen Mitgliedsstaaten. Die sind befugt den Spitzenkandidaten aus ihrer Mitte zu wählen.

*Wenn ich jetzt Österreich – wo es Regional-, Landes- und Bundesliste gibt – auf ganz Europa umlege, dann gibt es so etwas wie die Bundesliste nicht.*

So ist es. Weil wir auch keine Vereinigten Staaten von Europa haben, und auch nicht wollen. Weil wir ein Europa haben, das stark ist durch die Mitgliedsstaaten.

### *Was ist schlecht an den Vereinigten Staaten von Europa?*

Ich will keinen Einheitsbrei. Ich will einfach die starken Mitgliedsstaaten, die Europa prägen. Ich will die Kulturen, die Traditionen, die Sprachen aufrechterhalten.

*Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Außenpolitik. Wir haben vorher darüber gesprochen, dass wir eine europäische Außenpolitik brauchen. Würde das bedeuten, dass die Mitgliedsländer ihre Außenministerien aufgeben und es einen europäischen Außenminister gibt?*

Nein. Es soll auch jeder Staat seine Außenpolitik wahrnehmen können. Aber wenn es um ein größeres Ganzes geht, wenn es um außerhalb Europas geht, dann sollt es einen Ansprechpartner geben in Europa. Das ist derzeit die Außenbeauftragte Mogherini. Die hat halt wenig Möglichkeiten gehabt.

*Weil ihr die die Mitgliedsstaaten nicht geben.*

In Zukunft soll es so sein, dass sie mehr nach außen wirken kann. Es sollen die einzelnen Mitgliedsstaaten leben, aber es soll nicht einer verhindern können, dass es eine Meinung nach außen gibt.

Dieses Interview entstand in Kooperation mit der Paneuropabewegung Österreich. Eine ausführlichere Variante des Gesprächs ist auf [www.paneuropa.at](http://www.paneuropa.at) zu finden.



**MEP MAG. KAROLINE EDTSTADLER (ETS)**

*Die Salzburgerin studierte Rechtswissenschaften und wurde 2008 Richterin am Landesgericht Salzburg. 2011 wechselte sie ins Justizministerium und 2014 ins Kabinett von Justizminister Wolfgang Brandstetter (Nc). 2015 wurde sie Oberstaatsanwältin bei der Wiener Korruptionsstaatsanwaltschaft. Ab 2016 war sie am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg tätig. Ab Dezember 2017 war sie Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres. Im Europäischen Parlament betreut sie nun die Ausschüsse für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, Recht, Konstitutionelle Fragen und Menschenrechte.*

**INGENIEUR**

**TÜV AUSTRIA AKADEMIE**

**Jetzt Position am Arbeitsmarkt stärken!**  
[www.ing-zertifizierung.at](http://www.ing-zertifizierung.at)

# SOLA SCRIPTURA ODER: WAS BRINGT DAS GESETZ?

„Manche Gesetze sind nicht aufgeschrieben, aber gültiger als die aufgeschriebenen.“ Dieses essentielle Grundpostulat hat schon Seneca prägnant auf den Punkt gebracht. Diese ungeschriebenen Gesetze stellen quer durch Kulturen und Religionen die Eckpfeiler der menschlichen Spezies dar. So ist das grundsätzliche Unrecht des Tötens einem jeden Menschen inhärent bewusst und Teil der *conditio humana*.

Nun ist es aber bekanntlich so, dass unsere Gesellschaften sich nicht auf einige (naturrechtliche) Grundprinzipien des Gemeinwesens verlassen, sondern bis ins kleinste Detail mittels geschriebenen – somit gesetzten – Rechts den Versuch unternehmen, ein gedeihliches Zusammenleben zu schaffen.

Abseits von Sinn und Unsinn eines fein ziselierten Detailgrades der Gesetzgebung soll der Gedanke ins Rollen gebracht werden, wie das gesetzte Recht unsere Gesellschaft formt und welchen Einfluss es auf ihre Mitglieder hat.



**MAG.  
ALEXANDER  
F. S. PUTZENDOPLER  
(ASG)**

*ist selbständiger Rechtsanwalt in Wien und Kartellrechtspfleger des MKV. Neben seinen Schwerpunkten des Vereins-, Immaterialgüter- und Wohnrechts ist er Autor zahlreicher Artikel und Beiträge zu einer liberalen Sicht auf die Gesellschaft.*

[www.putzendorfer.at](http://www.putzendorfer.at)

Nun ist einem jeden von uns bekannt, dass Österreich ein „Rechtsstaat“ ist und man freut sich ob dieser Tatsache. Doch wäre unser Staat auch ohne Myriaden von Gesetzesbuchstaben weiterhin ein Rechtsstaat? Schon Immanuel Kant hat in seiner „Kritik der reinen Vernunft – Transzendente Methodenlehre“, in völlig entwaffnender Klarheit festgehalten *„...noch suchen die Juristen eine Definition zu ihrem Begriff von Recht.“*

Klarer kann man nicht formulieren, wie unklar der in seinem Grunde hoch diffuse Begriff des Rechtes eigentlich ist. Ein Staatesgebilde ist natürlich auch dann ein Rechtsstaat, verfügt er über keinen Buchstaben an Gesetzeswortlaut. Es muss unter den Mitgliedern einer Gemeinschaft lediglich Konsens darüber herrschen „comme il faut“. Ist einem jeden Bürger unabgesprochen bekannt und bewusst, dass Radfahren nur an Montagen erlaubt ist, widrigenfalls die Gemeinschaft zusammenbrechen würde, wäre die Norm klar und jeder könnte sich an eben diese halten.

Nur was, führe ein liederlicher Lurch seinen Drahtesel am Dienstag spazieren? Genau für diese Grenzüberschreitung benötigt der moderne Mensch für gedeihliches

Zusammenleben sowie das rechtliche Seelenheil die Möglichkeit, sich auf einen Gesetzestext zu berufen. So wäre das Radfahrgebot noch klar umrissen, doch sind die Folgen es nicht. Was tun, führe man am Dienstag oder – schlimmer – gar Mittwoch? Es ist gerade dieses enge Netz aus Ursache, Wirkung und finaler Folge, welches jegliche menschliche Gemeinschaft aus dem Wort des Gesetzes gewoben hat, um sich darin fallenlassen zu können.

Erst durch einen geschriebenen Rückzugsort ist es dem Mitglied der Gemeinschaft sicher möglich, die Konsequenzen seines Tuns – zumindest in rechtlicher Hinsicht – abschätzen zu können. Dieses Konzept kann sodann von einem selbst auch auf die weiteren Zeitebenen umgelegt werden, was (Rechtsbruch außen vor) zumindest im Normalzustand dazu führt, eine Grundprognose darüber abgeben zu können, wie dies und jenes im Zusammenleben vonstatten gehen wird.

Der Mensch liebt die Konstante, die Stetigkeit. Somit ist es – die Geschichte zeigt es – wohl unumgänglich, Systeme von gesetztem Recht aufzustellen, um nicht nur den sozialen sondern auch den inneren

Frieden des Menschen herzustellen. Erst durch die Möglichkeit, sich am Anker des Wortes festzuhalten und sohin Stabilität vorzufinden, gibt dem Normunterworfenen die so dringend benötigte Sicherheit in Bezug auf „was darf ich, was darfst du“.

Ergo dessen mag man somit festhalten, dass das geschriebene Gesetz keine Prämisse für Recht ist, das

Rechtsgefühl aber – nicht zu verwechseln mit Gerechtigkeitsgefühl – ohne den Text nicht aufrechtzuerhalten sein mag.

Abschließend zum Spannungsfeld Recht und Gerechtigkeit sei ein weiserer Mann als der Autor dieser Zeilen zitiert: „Das Recht ist kein logischer, sondern es ist ein Kraftbegriff. Darum führt die Gerechtigkeit, die in der einen Hand die Waagschale hält,

mit der sie das Recht abwägt, in der anderen das Schwert, mit dem sie es behauptet. Das Schwert ohne die Waage ist die nackte Gewalt, die Waage ohne das Schwert die Ohnmacht des Rechts. Beide gehören zusammen, und ein vollkommener Rechtszustand herrscht nur da, wo die Kraft, mit der die Gerechtigkeit das Schwert führt, der Geschicklichkeit gleichkommt, mit der sie die Waage handhabt.“ (Jhering, Der Kampf ums Recht).

**MKV** 

**SHOP** 

**MKV** 2018  
Gesamtsverzeichnis des MKV

couleur-ausstatter.eu

BÄNDER  
DECKEL  
FLÄUSE  
KRAWATTEN  
POLOS  
ZIPFE



## BEZEICHNUNG

## PREIS

Das Gesamtverzeichnis des MKV 2018	29,00
Der Comment	19,00
Der Comment <i>Mängel exemplar (leichte Beschädigungen am Einband)</i>	10,00
MKV (Hg.): Heimat - Zwischen Weltbürgertum und Nationalismus	3,50
Buch „Grundsätzen verpflichtet - 75 Jahre MKV“	10,00
Buch „Die Pennälertage des MKV 1933-2013“ - Orte, Daten, Festabzeichen	10,00
Buch „Intonas - Von studentischen Texten und Weisen“ Band 2	16,00
CD „Intonas - Studentische Weisen“ <i>Folgen 1&amp;2</i>	20,00
CD „Intonas - Studentische Weisen“ <i>Folge 2</i>	12,00
CD „Intonas - Studentische Weisen“ <i>Folge 3</i>	15,00
Großes Österreichisches Kommersbuch	30,00
Großes Österreichisches Kommersbuch <i>(mit Nägeln, Echtes Leder)</i>	135,00
Klaviersätze zum Großen Österreichischen Kommersbuch	9,00
Kleines Österreichisches Kommersbuch „Cantus parat?“ <i>4, überarbeitete Auflage 2016</i>	6,00
Hemd weiß, Kragen bestickt mit MKV-Zirkel <i>(Größe M, L, XL) – nur mehr wenige Exemplare vorhanden</i>	27,00
MKV-Standarte als Tischwimpel mit Messingständer	36,00



### BESTELLUNGEN BITTE AN

MKV, Laudongasse 16/3/1, 1080 Wien,  
Tel. 01/523 74 34  
shop@mkv.at

Angegebene Preise sind inkl. MwSt., ARA und in Österreich produziert. Stand Oktober 2018. Erhältlich solange der Vorrat reicht, Versand gegen Kostenersatz möglich.

# ZUR RELIGIONSFREIHEIT HEUTE

Das Recht auf freie Religionsausübung gehört zu den Grundprinzipien einer freien Gesellschaft. Österreichs Botschafter beim Europarat in Straßburg, Dr. Gerhard Jandl (HRW) mit einem Überblick, wie es darum derzeit bestellt ist.

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), 1950 vom Europarat ausgearbeitet, ist das weltweit bestausgebaute Instrument zum Schutz der Grund- und Freiheitsrechte. An den Straßburger Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) kann sich jeder Bürger eines jeden der 47 Mitgliedsländer des Europarats wenden. Die Staaten sind zur Umsetzung der Urteile verpflichtet, worüber ein Mechanismus wacht. Ein wesentliches Grundrecht ist die in Art. 9 EMRK garantierte Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

Unter „Religion“ versteht die EMRK nicht nur die großen und etablierten Glaubenssysteme, und auch nicht nur die offiziell anerkannten oder nur die traditionell in Europa praktizierten Religionen, sondern jede als solche identifizierbare Religion. Zwar ist dies nicht näher definiert, aber es gilt mutatis mutandis das geflügelte Wort des US-Richters Stewart: „I know it when I see it.“

Die Religionsfreiheit beinhaltet nicht nur das private Bekennen und Praktizieren der Religion, sondern auch das öffentliche, allein oder in Gemeinschaft. Sie umfasst den Gottesdienst, den Glaubensunterricht und religiöse Gebräuche wie Prozessionen, Glockengeläut, Muezzin-Rufe, Speisegesetze (inklusive Schächten), Haartracht- oder Kleidungs Vorschriften.

Den Staat treffen Neutralitätspflichten gegenüber den Religionen, die der Sicherung der Pluralität, der Toleranz und des gegenseitigen Respekts dienen. Er muss für religiösen Frieden und für ein Klima der Toleranz sorgen. Deswegen wurde beispielsweise das Verbot des Films „Das Liebeskonzil“ in Österreich für rechtens erkannt, weil hier dieser Aspekt der Religionsfreiheit, nämlich die Aufrechterhaltung des religiösen Friedens, dem Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 10 EMRK) vorgehe. Ferner muss der Staat gewährleisten, dass auch in der von Privaten kontrollierten Sphäre Religionsfreiheit geübt werden kann. So wurde das einer Stewardess einer britischen Airline auferlegte Verbot, ein Kreuz sichtbar zu tragen, als Verletzung ihrer Religionsfreiheit gewertet, weil der Staat (konkret die Arbeitsgerichte) deren Ausübung im Bereich eines privaten Arbeitsgebers nicht ausreichend sichergestellt habe.

## KREUZE UND VERSCHLEIERUNGSVERBOTE

Ein wichtiger Aspekt ist die so genannte negative Religionsfreiheit, also das Recht, keinen Glauben haben oder offenlegen zu müssen bzw. nicht an religiösen Handlungen teilnehmen zu müssen. Mit der negativen Religionsfreiheit und den Rechten der Nicht- bzw. Andersgläubigen wird gerne argumentiert, wenn es

um das vermeintlich von der EMRK geforderte Abhängen der Kruzifixe in Schulklassenzimmern oder Hörsälen (wie 2018 jenen der Wiener Theologischen Fakultät) geht.

Anders als von den Protagonisten des Kreuze-Entfernens gerne vorgebracht, hat der EGMR jedoch festgestellt, dass die negative Religionsfreiheit kein „Konfrontationsverbot“ mit religiösen Symbolen umfasse. Auch die Eltern könnten nicht kraft der gebotenen Rücksichtnahme auf die weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen im Unterricht (Art. 2 des 1. Zusatzprotokolls zur EMRK) das Abhängen der Kreuze verlangen. Solange das bloße Vorhandensein der Kruzifixe nicht mit einer Indoktrinierung einhergehe, stelle dies keine Verletzung der EMRK oder ihres Zusatzprotokolls dar.

„Religion“ und „Weltanschauung“ sind in der EMRK gleichgestellt, sie kennt keine Bevorzugung von Religionen gegenüber (nicht-religiösen oder areligiösen) Weltanschauungen. Allerdings ist nicht jede persönliche Ansicht schon eine Weltanschauung, sondern nur eine zusammenhängende Sichtweise grundsätzlicher Lebensfragen mit Stichhaltigkeit, Ernsthaftigkeit und Schlüssigkeit.

Art. 9 impliziert auch ein Verbot staatlicher Eingriffe, die die Religionsfreiheit einschränken. Bei

staatlichen Verschleierungsverboten unterschied der EGMR bis vor kurzem zwischen solchen im öffentlichen Dienst, im Unterricht oder bei staatlichen Stellen einerseits, und dem allgemeinen öffentlichen Raum andererseits. Ein Verschleierungs- bzw. Kopftuchverbot an den ersteren Orten wurde vom EGMR traditionell für akzeptabel erklärt, an allgemeinen öffentlichen Plätzen hingegen sah er zumeist eine Verletzung der Religionsfreiheit. Ab 2014 hat sich die Spruchpraxis dahingehend geändert, dass der EGMR mittlerweile auch Verschleierungsverbote im allgemeinen öffentlichen Raum für akzeptabel bewertet. Grund ist die stärkere Gewichtung des Schutzes der öffentlichen Ordnung und des gedeihlichen Zusammenlebens.

Der Art. 9 akzeptiert auch Einschränkungen der Religionsfreiheit, allerdings nur, wenn sie ein legitimes Ziel verfolgen (wie den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, den Schutz der Interessen anderer, den Schutz des friedlichen Zusammenlebens), mit den Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft übereinstimmen und verhältnismäßig sind. So wurde beispielsweise entschieden, dass die Einschränkung des nächtlichen Kirchenglockengeläuts auf eine bestimmte Lautstärke zulässig sei.

## VOM PROPHETEN MOHAMMED BIS ZU DEN PUSSY RIOTS

In den letzten Monaten erregten zwei „Blasphemie“-Fälle die Gemüter: Die Mitglieder der regierungskritischen feministischen Punk-Band Pussy Riots wurden wegen einer Performance in der Moskauer Erlöserkathedrale zu einer Freiheitsstrafe von fast zwei Jahren verurteilt. Diese lange Haft, sowie die Art und Weise der Festnahme und Prozessführung seitens

der russischen Behörden wurden sah der EGMR als Verletzung des Verbots der erniedrigenden Behandlung sowie der Rechte auf ein faires Verfahren und auf Meinungsfreiheit an. Der EGMR anerkannte zwar ausdrücklich das Recht des Staates, ein Verhalten wie jenes der Pussy Riots zu ahnden, aber da kein Gottesdienst gestört, niemand verletzt, nichts beschädigt und auch nicht zu Hass oder Gewalt aufgerufen wurde, entschied er spruchgemäß. Manche russische Stellen kritisieren dieses EGMR-Urteil heftig, doch oft unter Ausblendung seiner Begründung.

Der Fall E.S. gegen Österreich wurde im März 2019 vom EGMR rechtskräftig entschieden. Frau E.S. hatte auf einer öffentlichen Veranstaltung dem Propheten Mohammed Pädophilie unterstellt und dafür von den österreichischen Gerichten eine (mit 480 Euro milde) Geldstrafe wegen Herabwürdigung religiöser Lehren nach § 188 StGB erhalten. Der EGMR stellte fest, dass diese österreichische Verurteilung die Menschenrechte nicht verletze, weil hier das Gebot zur Wahrung des religiösen Friedens im Rahmen der Religionsfreiheit Vorrang vor dem Recht auf freie Meinungsäußerung genieße.

Einige internationale Zeitungen haben Österreich vorgeworfen, einen antiquierten „Blasphemieparagrafen“ beizubehalten, der nicht in eine moderne Gesellschaft passe. Das übersieht freilich, dass es sich bei § 188 StGB nicht um „Blasphemie“ im Sinne der Gotteslästerung handelt, weil das Schutzobjekt dieser Vorschrift nicht Gott oder ein Gegenstand religiöser Verehrung ist, sondern die religiösen Gefühle anderer Menschen und der religiöse Friede.

Aktuell beim EGMR anhängig ist der Fall einer Aktion des spanischen Künstlers Abel Azcona. Dieser hatte

2015 mehrere hundert konsekrierte Hostien entwendet und damit in seiner Kunstinstallation in Pamplona das Wort Pederastia (auf Deutsch in etwa „Knabenschändung“) gebildet, als Protest gegen die Kirche bzw. gegen Religion überhaupt. Er hat die Entwendung bzw. den Diebstahl der Hostien auch zugegeben, sogar auf Facebook dokumentiert und erläutert, dass es ihm ausdrücklich auf geweihte Hostien angekommen war, wegen deren Bedeutung für gläubige Katholiken. Die Kommunalbehörden haben den Antrag katholischer Gruppierungen auf Schließung dieser Ausstellung nicht Rechnung getragen, und gegen diese Schließungsverweigerung wurde nun eben die Beschwerde beim EGMR eingebracht. Man darf auf die Entscheidung gespannt sein.



**DR. GERHARD JANDL (HRW)**

*studierte Rechtswissenschaften in Wien und ist österreichischer Diplomat. 2000 wurde er zum Botschafter in Bosnien und Herzegowina. 2005 wurde er Botschafter in Belgrad. Seine Amtszeit dort fiel in eine politische Umbruchphase. Im Jahr 2006 erklärte sich Montenegro für unabhängig und 2008 auch der Kosovo. Im Herbst 2008 wurde Jandl Sicherheitspolitischer Direktor des österreichischen Außenministeriums. Seit März 2018 ist Jandl der österreichische Botschafter beim Europarat in Straßburg.*

# MONTANUNION RELOADED!

Die Staaten haben entschieden: Die Spitzenposten im Europa der 28 Staaten gehen an Westeuropa. Die vorgeschlagenen Personen sind alle Profis und erfahren. Übrig bleibt: Wenn Frankreich nicht will, steht alles still. Ein verheerendes Signal, auch für die Länder Südosteuropas.

Nach tagelanger Verhandlung haben sich die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat auf die Namen geeinigt, die sie für die Spitzenposten dem Europäischen Parlament vorschlagen. Charles Michel, der nach dem Zusammenbruch der Regierungskonstellation in Belgien einer Übergangsregierung vorsteht, soll Präsident des Rates werden und damit Donald Tusk ablösen. Josep Borell, der 72-jährige spanische Sozialist, möchte Federica Mogherini im Amt des Hohen Außenbeauftragten der EU beerben. Mit Christine Lagarde, der zur EVP gehörigen Französin, wurde die Direktorin des IWF für die Spitze der Europäischen Zentralbank nominiert. Präsidentin der Kommission, die erste Frau in diesem Amt, wurde die deutsche CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen.

## NATIONALE REGIERUNGSBILDUNGEN DAUERN OFT BEDEUTEND LÄNGER

Am 26. Mai fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, knapp fünf Wochen später einigt sich der Rat – nach langem Tauziehen – auf die Personalie. Fünf Wochen sind keine lange Zeit angesichts der Tatsache, dass hier Staats- und Regierungschefs aus 28 Staaten und

vier Parteienfamilien miteinander verhandeln. Wie sich die jeweiligen Personen im Amt machen, wird man anhand der Praxis beurteilen müssen. So fair sollte man sein.

Auffallend sind am Personalpaket zwei Dinge. Erstens kommen die beiden Frauen aus der EVP Parteienfamilie. Die Europäischen Sozialdemokraten, sonst Befürworter von Frauenquoten für private Unternehmen, nominieren nur Männer. Zweitens, die vier Damen und Herren stammen alle aus Westeuropa. Mit Deutschland, Frankreich und Belgien kommen drei Gründerstaaten der EGKS zum Zug. Spanien trat 1986 der Union bei. Selbst in der vorigen Periode war mit dem Polen Donald Tusk ein – sehr anerkannter – Nicht-Westeuropäer vertreten.

Ost- und Südosteuropa spielt hier keine Rolle. Auch wenn der Slowake Maroš Šefčovič und der Bulgare Sergei Stanischew als Kommissionsvizepräsident beziehungsweise Parlamentspräsident ab der zweiten Hälfte der Legislatur genannt werden.

Hier tun sich Fragen auf, die wohl erst im Laufe der Periode zu beantworten sind:

- War es verhandlungstaktisches Ungeschick der Ost- und

südosteuropäischen Länder? Zum Beispiel, dass man sich auf keinen „Visegrad“-Kandidaten geeinigt hat?

- Ist es „westliche“ Arroganz, mit der sich große westeuropäische Staaten die Posten untereinander ausmachen?
- Ist es vielleicht auch durchaus passend und nicht ungewollt, dass zukünftig jegliche Kritik an den Ländern Ost- Südosteuropas von „westeuropäischen“ Politikern kommt?

Punkt drei wird sich erst überprüfen lassen, wenn es seitens der Kommission erste Androhungen zu Verfahren gibt. Auch hier wird man sehen, ob nur Polen und Ungarn im Fokus stehen, oder ob man auch unabhängig von der jeweils regierenden Partei rechtsstaatliche Prinzipien bei anderen Staaten einfordert, Stichwort Rumänien. Andererseits könnte man schon einwerfen, dass es a la longue auch für ihre Staaten sicherlich besser wäre, würde man nicht ständig mit der Rolle der „Wir gegen Brüssel“-Kämpfer kokettieren.

Punkt zwei klingt hart, man kann aber nach der Performance von Staatspräsident Macron (im Team mit dem spanischen Ministerpräsidenten Sanchez) eine gewisse



Überheblichkeit großer westeuropäischer EU-Staaten nicht ganz von der Hand weisen. Macron, schon bekannt als großer Blockierer, hat nicht von Anfang an jede Lösung mit Manfred Weber, immerhin Spitzenkandidat der größten Partei, vom Tisch gefegt. Sondern mit ihr auch Margrethe Vestager um die Chance gebracht. Vestager war keine Spitzenkandidatin im klassischen Sinne, da die ALDE unter dem Druck des französischen Staatschefs auf dieses Prinzip quasi verzichtete. Sie war aber die Frontfrau.

## LE JUPITER HAT GESPROCHEN

Doch Macron wäre nicht französischer Staatspräsident und dementsprechend selbstbewusst, würde er seinen Willen für einen Kompromiss zurücknehmen. Nicht nur, dass er im Rat den beiden größten Fraktionen das Spitzenkandidatenmodell ausschaltete, er verknüpft das auch noch mit einer Blockade der Westbalkanstaaten.

Klingt wenig logisch, diese beiden Dinge – EZB-Chefin und Westbalkan (Südosteuropa) – miteinander zu verbinden? Nur auf den

ersten Blick. Macron fordert seit Amtsantritt eine umfassende und tiefgehende Reform der EU. Das enthält neben etatistischen und milliarden schweren neuen Gremien, extra geschaffenen Institutionen und neuen Steuern auch ein europaweites Prozedere für die EU-Wahl und daran geknüpft für die Spitzenposten in der EU.

## DER WESTBALKANPROZESS STOCKT – FRANKREICH UND DIE NIEDERLANDE WOLLEN ES SO

Das Problem – vor allem für Südosteuropa – ist nun aber, dass die Mehrheit der EU-Staaten Macrons Pläne (Eurozonenbudget, usw.) ablehnen, der Präsident seine Zustimmung zu einer EU-Erweiterung aber direkt an die Umsetzung seiner Reformideen knüpft. Kurzum: Kein Eurozonenbudget mit eigener Institution – keine Beitrittsgespräche mit Nordazedonien. Wer sich einst als europäischer Staatsmann ankündigte, entpuppte sich schnell als rasch eingeschnappter, protektionistischer Blockierer einer der wichtigsten geopolitischen Entscheidungen für die europäische Zukunft.

Zurück zum Personalpaket: Man wird die einzelnen Personen im Amt an ihren Taten messen müssen. In einer Zeit radikalerer politischer Rhetorik ist es wichtig, dass die vernünftigen Kräfte auch Fairness walten lassen. Bei manchen Entscheidungen muss man aber schon auch zugeben, dass das Gerede von einer West-Ost-Spaltung nicht ganz von der Hand zu weisen ist.



### STEFAN HABÖCK

*Stefan Haböck wechselte im Juli vom Europäischen Parlament zum Institut der Regionen Europas in Salzburg. Dort fungiert er als Referent für den Ausschuss der Regionen und als Berater für die Themenbereiche Ost- und Südosteuropa.*

# DAS HALTEN VON MENSCHEN IN STAATEN IST NICHT ARTGERECHT

Sein Wesen als Zoon politikon hat den Menschen zur erfolgreichsten Art dieses Planeten gemacht. Aber mehr und mehr verkehrt sich dieser Vorteil in einen tödlichen Nachteil.

Der Mensch ist, gemessen an den Arten, die die Erde bevölkern, bestenfalls Mittelmaß. Er kann nicht fliegen, nur schlecht schwimmen, nicht besonders schnell laufen, hat keine gefährlichen Reißzähne oder Klauen und übertrumpft seine Fressfeinde weder durch besondere Größe noch durch außergewöhnliche Körperkräfte. Was ihn trotzdem zur erfolgreichsten Art dieses Planeten gemacht hat (abgesehen vielleicht von den Ratten, aber an deren Erfolg ist der Mensch ja nicht unbeteiligt), ist seine Vielseitigkeit, seine Intelligenz und seine soziale Interaktion: Dass der Mensch so gut wie alles, was Kohlenstoff und ein paar Spurenelemente enthält, zur Ernährung verwenden kann, dass ihm seine Intelligenz die Möglichkeit gibt, diese Nährstoffe aufzuspüren und zu sichern, und dass er fähig ist, mit Artgenossen (und auch mit einigen Tierarten) uneingeschränkt zu interagieren, hat dazu beigetragen, dass sich unsere Art vom Äquator bis zu den Polen ausgebreitet hat und alle anderen Arten dominiert.

Die ersten paar 100.000 Jahre lebte der Mensch als Jäger und Sammler in Kleingruppen, in dieser Zeit entstand im Wesentlichen unsere körperliche und mentale Grundausstattung, die sich seit der

neolithischen Revolution, die vor etwa 40.000 Jahren begann und mit der beginnenden Landwirtschaft den Grundstein für ein explosionsartiges Bevölkerungswachstum legte, kaum mehr geändert hat. Im Grunde seines Herzens ist auch der Mensch des 21. Jahrhunderts immer noch der Mammutjäger, der auf das Funktionieren seiner In-Group auf Gedeih und Verderb angewiesen ist und sich genau so verhält.

## GEMEINSCHAFT DURCH KONSENS

Um mit ein paar mit Speeren und Steinen bewaffneten Menschen ein Mammut erfolgreich jagen zu können, das mit seiner Körpermasse die gesamte Jagdgesellschaft übertrifft (für die Jagd nach einem Hirschen, der schneller laufen kann als jeder der Jagdgenossen, gilt dasselbe), ist es zunächst notwendig, Konsens über die gemeinsame Taktik herzustellen und dann auf Zuruf eines Anführers exakt die vereinbarten Handlungen zu setzen. Wobei sowohl bei der Konsensfindung als auch bei der späteren Führung jenen das größte Gewicht zukommt, denen die anderen Gruppenmitglieder die meiste Erfahrung im Jagen von Mammuts zutrauen. Nachhaltig kann das Jagen großer oder schneller Tiere natürlich nur dann

funktionieren, wenn am Ende die Beute gerecht unter den Jagdteilnehmern aufgeteilt wird – wobei „gerecht“ einerseits den individuellen Beitrag zur Jagd würdigen muss (also das Leistungsprinzip), und andererseits auch den Bedarf, also etwa die Zahl der vom einzelnen Jagdteilnehmer zu erhaltenden, selbst nicht jagdfähigen Familienmitglieder.

Genau das – das Bedürfnis nach Konsens, Führung und Gerechtigkeit – prägt auch heute noch unser Verhalten in der sozialen Interaktion, auch wenn es längst nicht mehr um die gemeinsame Jagd geht, sondern um komplexe Problemstellungen wie europäische Integration, Arbeitslosigkeit oder Asylrecht.

## „WIR“ ALS GRUPPENBIL- DENDE ABGRENZUNG

Erleichtert und andererseits auch erschwert wird die soziale Interaktion durch einen anderen Teil unseres steinzeitlichen Erbes, der Unterscheidung zwischen In- und Out-Group, zwischen „Wir“ und den „Anderen“, gegen die zumindest Skepsis, in der Regel aber Abwehrbereitschaft bis hin zur offenen Feindseligkeit gefordert ist, weil es sich dabei ja um Konkurrenten um die eigene Jagdbeute

handeln könnte. Andere Kontakte außer dem gelegentlichen Austausch einzelner Personen der Liebe wegen bringen zwischen Jäger- und Sammler-Kulturen kaum etwas: Der Handel zwischen zwei Gruppen, die dasselbe jagen und sammeln, ist kaum sinnvoll. Der entwickelt sich erst nach der neolithischen Revolution, als die durch die Landwirtschaft verbesserte Grundversorgung erste Spezialisierungen ermöglicht und das Handwerk entstehen lässt.

Die Unterscheidung von „Wir“ und den „Anderen“, die in der Jagdgesellschaft, in der jeder jeden auch persönlich kennt, noch relativ einfach zu handhaben ist, wird in einer globalisierten Gesellschaft zum unauflösbaren Durcheinander: Das „Wir“ kann die eigene Familie sein gegenüber den Nicht-Verwandten, es können die Steirer, Tiroler, Kärntner sein, die „gegen Wien“ schimpfen, oder die Österreicher, Ungarn, Polen „gegen Brüssel“ oder die Europäer gegen „die Migranten“. Es geht aber auch – je nach gerade herrschendem Konsens – Katholiken gegen Protestanten, Christen gegen Muslime, Arm gegen Reich, Frauen gegen Männer, Jung gegen Alt, alle gegen Juden etc.

## DEMOKRATIE UND FÜHRUNG

Im Dreieck Führung-Konsens-Gerechtigkeit scheint die Führung das geringste Problem zu sein. Jahrtausende lang haben gottgleiche Pharaonen oder von Gottes Gnaden berufene Fürsten das kollektive Bedürfnis nach Führung ausreichend befriedigt – ehe sie letztlich am Mangel an Konsens und sozialer Gerechtigkeit gescheitert sind. Erst seit wir durch die Demokratie diesen beiden Bedürfnissen näher gekommen sind, scheitern Führer

immer öfter daran, dass wir Führung nur auf Zeit und mit gleichzeitig wirkenden kontrollierenden Gegenkräften verleihen, im Grunde unseres Herzens von unseren Führern aber nach wie vor diktatorisches Eingreifen verlangen. Am Mangel an Führung ist nicht nur die Erste Republik gescheitert, weil ihre Kanzler für ihre Vorhaben im Parlament nicht ausreichende Mehrheiten finden konnten, sondern zuletzt auch Rot-Schwarz, weil der jeweils andere Koalitionspartner so gut wie jedes Vorhaben blockierte. Und eine Führung, die nicht führt, lehnt der Steinzeitmensch in uns ab. Dieser Konsens ist – im Gegensatz zu einem über konkrete Vorhaben – leicht zu finden.

Das Dramatische daran: Der Vertrauensverlust in die Führungskraft der Regierenden führt in einer parlamentarischen Demokratie mehr oder weniger zwangsläufig zu einer Zunahme der Oppositionsparteien im Parlament und macht daher mehrheitsfähige Regierungen nur noch dann möglich, wenn sie aus noch mehr Parteien bestehen und daher in sich immer inhomogener werden – wodurch sie weiter an Führungskompetenz verlieren. Zwangsläufige Folge – siehe Erste Republik: ein Vertrauensverlust in die Demokratie an sich, der zu ihrer Zerstörung und letztlich zur Diktatur führt.

Dass Führung an sich zumindest kurzfristig wichtiger ist als jeder damit verbundene Inhalt beweist übrigens das nach wie vor gute Standing von Schwarz-Blau: Obwohl die Regierung bisher in kaum einem relevanten Politikfeld irgendein Problem der Lösung näher gebracht hat und die beschlossenen Maßnahmen zum Teil zum direkten Nachteil wichtiger Wählergruppen einer der beiden

Regierungsparteien führen, hat die Koalition kaum an Popularität verloren – nicht zuletzt wohl auch, weil so gut wie jede ihrer Maßnahmen vorgeblich gegen die momentan unpopulärste Out-Group gerichtet ist: gegen Ausländer und insbesondere Migranten.

Die Konstruktion dieser nicht sehr trennscharf definierten Out-Group erleichtert auch den Umgang mit dem in Zeiten gewaltiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbrüche besonders schwierig zu lösenden Problems der sozialen Gerechtigkeit: Wer nicht an der Mammut-Jagd beteiligt war und nicht einmal zur engeren Familie der Mit-Jäger gehört, hat auch keinen Anspruch auf Teilhabe an der Beute.

Für eine vorgeschichtliche Jägergruppe, die konkurrierenden Stämmen in den Weiten der Savanne oder Tundra ausweichen konnte, war das zweifellos eine zielführende Strategie. In einer globalisierten Welt voller Interdependenzen kann sie nur in den Abgrund führen. Das Halten von Menschen in Staaten oder gar noch größeren Einheiten ist offenbar nicht artgerecht.



**HERBERT GEYER (AUK)**

*Herbert Geyer studierte Lehramt in Wien und ist Journalist. Bis zu dessen Einstellung war er Redakteur des WirtschaftsBlattes sowie ebendort Betriebsrat. Zuvor hatte er für die Wochenpresse und die Wirtschaftswoche geschrieben.*

# WEITER KOMMEN MIT WEITERBILDUNG

Christian Bayer (FRW), Geschäftsführer der TÜV AUSTRIA Akademie, über die Notwendigkeit von Zusatzqualifikationen und damit verbundene berufliche Chancen.

**Ohne Weiterbildung kein berufliches Vorankommen. Warum ist Fortbildung heute so wichtig?**

Weiterbildung ist die Antwort auf Fachkräftebedarf, Innovation und Digitalisierung! Erfreulicherweise setzen Österreichs Unternehmen stärker als je zuvor auf Weiterbildung. Laufende Weiterbildung und zukunftsorientierte Qualifikation zählen zu den wertvollsten Standortvorteilen Österreichs.

**Das heißt, heimische Unternehmen stellen auch entsprechende Budgetmittel für die fachspezifische Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zur Verfügung?**



**MAG. (FH)  
CHRISTIAN  
BAYER (FRW)**

studierte

„Unternehmensführung“ an der Fachhochschule Wien. Seit dem Jahr 2001 ist er Geschäftsführer der TÜV Austria Akademie, Österreichs führendem Bildungsanbieter im Bereich Sicherheit, Technik, Umwelt und Qualität mit jährlich über 1000 Seminaren und Lehrgängen und knapp 15.000 Teilnehmern.

[www.tuv-akademie.at](http://www.tuv-akademie.at)

Anlässlich des heurigen „Tages der Weiterbildung“ am 12. Juni hat die Plattform für berufliche Erwachsenenbildung eine aktuelle Studie präsentiert. 23 Prozent der Unternehmen werden heuer mehr in Weiterbildung investieren. Im Gegensatz dazu planen nur vier Prozent der Unternehmen im laufenden Jahr weniger für Weiterbildung auszugeben als bisher. Die Weiterbildungsbudgets in den meisten Unternehmen bleiben auch dieses Jahr meist gleich: 69 Prozent der Unternehmen haben gleich viel Weiterbildungsbudget vorgesehen wie im Vorjahr.

Die Studie Weiterbildung 2019 zeigt somit eine hohe Bereitschaft der österreichischen Unternehmen, in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren.

**Lebenslanges Lernen wird also als das wichtigste bildungspolitische Thema in den nächsten Jahren gesehen?**

Definitiv ja. In den seltensten Fällen wird der einmal erlernte Beruf heute bis zum Pensionsalter ausgeübt. Gleiches gilt für erworbenes Wissen an Schulen und Universitäten. Schon allein deshalb kommt man im Laufe seines Lebens um Weiterbildungen nicht herum. Aber auch Menschen, die sich in einer Branche „festgebissen“ haben, müssen sich immer wieder neuen Anforderungen stellen und

dementsprechend ihr Wissen anpassen. Gründe für berufliche Fortbildungen gibt es wirklich genug.

Unsere Zeit ist, privat als auch beruflich, sehr schnelllebig geworden. Dadurch gelten einmal erworbene Kenntnisse rasch als überholt.

**Es heißt, wer hoch hinaus will, muss sich selbst Ziele setzen.**

Zu einem erfüllten Leben gehört es meiner Meinung nach dazu, sich immer wieder Ziele zu setzen. Das gilt für alle, nicht nur für jene, die unter Anführungszeichen hoch hinaus wollen. Aus- und Weiterbildungen in jedem Lebensalter können so ein selbst gestecktes Ziel sein. Und jede Weiterbildung ist eine Qualifikation, die die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Gerade in Führungspositionen wird ein gewisses Maß an Zusatzqualifikationen vorausgesetzt. Natürlich ist eine entsprechende Qualifikation auch ein gutes Argument bei Gehaltsverhandlungen. Menschen, die sich nicht auf einem Level ausruhen, klettern nicht nur die Karriereleiter nach oben, sondern stärken auch ihr Selbstbewusstsein.

**Viele Menschen, denen ihr Job durchaus Spaß macht, haben irgendwann das Gefühl, auf der Stelle zu treten. Was rätst Du diesen Leuten?**



Häufig tritt so eine Phase um das 40. Lebensjahr ein. Gegen einen Neuanfang ist prinzipiell nichts zu sagen, wenn man entsprechend vorbereitet ist. Ein extrem branchenfremder Wechsel funktioniert überhaupt nur mit vorheriger Bildung. Ganz allgemein gesagt: Es tut immer gut, in regelmäßigen Abständen über sich selbst nachzudenken, Planungen für die Zukunft anzustellen, sich mit Gleichgesinnten in Seminaren inspirieren zu lassen, neue Impulse zu bekommen. Auch einmal ein paar nutzenstiftende Tage zu haben, die einem ganz allein gehören. Das setzt neue Energien frei.

*Alle, die sich mit der wirtschaftlichen Lage in Österreich beschäftigen, kennen wahrscheinlich das Wort Fachkräftemangel. Ist die Lage wirklich so angespannt, wie viele Unternehmen behaupten?*

In einigen Branchen suchen Firmen händeringend nach Fachpersonal. Und hier kann die

Inanspruchnahme eines guten Bildungsangebots wirklich hilfreich sein. Sie macht aus einfachen Mitarbeitern qualifizierte Mitarbeiter – die dann natürlich auch mehr verdienen. Weiterqualifizierung ist aber auch für gut ausgebildete Menschen ein Gebot der Stunde.

*Prognosen sagen, dass vor allem die Digitalisierung die Arbeitswelt für Arbeitnehmer und Arbeitgeber radikal verändert. Es wird Berufe nicht mehr geben bzw. neue Berufe werden entstehen, die wir heute noch gar nicht kennen.*

Auch wenn Prognosen möglicherweise nicht genau eintreffen, eines ist sicher: Die Arbeitsplätze und mit ihnen die Anforderungen an Fach- und Führungskräfte werden sich immer häufiger und gravierender ändern. Lebenslanges Lernen wird vom freiwilligen Tun zur Notwendigkeit.

*Unternehmen, die in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter*

*investieren, steigern aber nicht nur die Leistung, sondern auch die Innovation.*

Ganz klar ja. Mitarbeiter werden im Rahmen von Schulungen über neueste Technologien auf dem Laufenden gehalten und lernen neue Geschäftsabläufe kennen. Dieser Blick über den Tellerrand, der Erwerb neuer Fähigkeiten, bedeutet nicht nur für Mitarbeiter, sondern für jedes Unternehmen einen Mehrwert. Betriebliche Weiterbildung bewirkt außerdem, dass Mitarbeiter enger an das Unternehmen gebunden werden. Wer Weiterbildung als Instrument zur Mitarbeiterbindung einsetzt, holt sich einerseits neues Wissen ins Unternehmen, andererseits bleibt der Wissensträger dem Unternehmen auch erhalten. Wer weiterbildet, ist attraktiv, wer sich eigeninitiativ weiterbildet, wird weiter kommen.

# WIE AUTOMATISIERUNG UNSERE GESELLSCHAFT VERÄNDERT.

Mit der Digitalisierung erfasst die Automatisierung nun auch die hochqualifizierte Wirtschaft. Sie schafft neue Jobs, lässt andere verschwinden und schafft Raum für erfüllendere Tätigkeiten. Auch das Rechtswesen ist davon betroffen.

Wir schreiben das Jahr 1899. In den USA gründet ein junger Unternehmer eine Firma mit dem Namen Detroit Automobile Company. Sein Name ist Henry Ford. Später soll seine neuartige Form der industriellen Warenproduktion als Fordismus bezeichnet werden und sinnbildlich für eine neue Form der Produktion stehen. Diese Form kennzeichnet einen standardisierten Prozess der Produktion mithilfe von Maschinen. Damals schon schrieben viele Leute den Teufel herbei. Es würde Arbeitsplätze vernichten, waren sich viele sicher. Über ein Jahrhundert später kann man aber mit Sicherheit sagen, dass es einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren der westlichen kapitalistischen Gesellschaften war: Der Fordismus ermöglichte eine neue Form



**PHILIPP STÖFELZ (LBK)**

*ist Gründer von Rechtsfux. Das Unternehmen bietet unter [www.rechtsfux.at](http://www.rechtsfux.at) eine neuartige Form der Vertragsgestaltung und Digitalisierungsberatung für Juristen.*

der Produktivität und des Wohlstandsgewinns für alle.

Nach und nach traten anstelle von menschlichen Ressourcen maschinelle. Dadurch wurden Jobs vernichtet. Doch welche Jobs? Jene, die sowieso niemand machen wollte. Niemand wird ernsthaft der Meinung sein, dass die Selbsterfüllung eines Menschen sich darin begründet, 40 Stunden in der Woche in einer Industriehalle Produkte zu verpacken. Die Automatisierung bietet Menschen seit jeher die Möglichkeit, sich erfüllenderen Dingen zuzuwenden.

## INDUSTRIELLE REVOLUTION 4.0

Heute stehen wir vor noch einer viel zugespitzteren Situation: Die Digitalisierung nimmt uns Menschen viel ab. Und in ein paar Jahren wird sie uns noch viel mehr abnehmen. In einer extrem exponentiellen Entwicklung. Seien wir froh, dass es bald keine Supermarktkassierinnen mehr geben wird. Niemand macht diesen Job gern. Gleich wie niemand gern an der Supermarktkasse wartet. In Zukunft werden diese Arbeit automatisierte Lichtschrankensysteme erledigen, wie sie Tech-Giganten wie Amazon

oder das chinesische Alibaba bereits heute einsetzen.

Vollkommen neu ist, dass diese Entwicklung auch den Dienstleistungssektor betrifft. War man sich noch vor ein paar Jahren sicher, dass Kundenberatung oder Customer Service immer von Menschen gemacht werden wird, übernehmen bereits heute Chatbots eine Vorqualifizierung von Anfragen. Es wird nicht mehr lange dauern, bis Kundenanfragen vollkommen von Künstlichen Intelligenzen übernommen werden. Die Frage nach dem Warum ist einfach beantwortbar: Ein künstliches System hat hunderttausende Wissensquellen, lernt ständig dazu und ist in der Lage, große Datenmengen zu erfassen und zu analysieren, Muster zu erkennen und aufgrund von Daten schnell Entscheidungen zu treffen. Jede Information, mit der es gefüttert wird, wird automatisch zu Wissen. Ein Mensch kann das nie leisten.

## DER FORTSCHRITT MACHT AUCH VOR DEM RECHTSWESEN NICHT HALT

Daher erfasst diese Entwicklung nun erstmals auch hochqualifizierte Tätigkeiten. Sei es die Medizin, die



© ISTOCK

Steuerberatung oder die Juristerei. So arbeitet der US-amerikanische Tech-Riese IBM mit dem Programm Watson an einer Technologie, die in den nächsten Jahren den juristischen Markt revolutionieren könnte: Indem es Antworten auf diffizile legistische Fragen findet. Vollautomatisch. Bereits jetzt kann das System viele automatisierte Routine-Aufgaben eines klassischen Anwalts oder Notars in den USA übernehmen. Schätzungen verschiedener Experten lassen vermuten, dass bis zum Jahr 2030 40-50 Prozent der juristischen Arbeiten automatisierbar und digitalisierbar sein werden.

Digitalisierung kann etwas Tolles sein. Vorausgesetzt, eines wird ermöglicht: Aufgaben von Menschen werden übernommen, für die es sie nicht braucht. Genau diesen Ansatz verfolgt auch das junge Unternehmen Rechtsfux, das ich mitgründen durfte. Anwälte und Notare stecken viel Zeit ihrer Arbeit in die Erhebung von Bedürfnissen und Daten ihrer (potentiellen) Klienten. Bis man fähig ist, einen Vertrag aufzusetzen, benötigt es oftmals mehrere Termine. Zeit, die anderswo fehlt. Der von Rechtsfux entwickelte automatisierte Vertragsgenerator löst genau dieses Problem: Er erhebt alle notwendigen Daten für die Vertragserrichtung und erstellt

daraus automatisierte Dokumente. Der zuständige Rechtsanwalt oder Notar muss diese nur noch prüfen. Sein Arbeitsaufwand verringert sich dadurch in hohem Maße. Er kann seine Zeit wichtigeren Dingen widmen.

Diese Entwicklungen finden statt. Ob man sie gutheißt oder nicht. Sie sind unumgänglich. Alles was technisch automatisiert und digitalisiert werden kann, wird auch automatisiert und digitalisiert werden. Die Frage ist nur, ob man zu jenen gehört, die sich dieser Entwicklung früh annehmen oder ob man ein Nachzügler ist. Die Entscheidung liegt bei jedem selbst.



**TÜV**  
AUSTRIA  
AKADEMIE

**Ingenieur-Zertifizierung stärkt Ingenieur-Qualität!**

[www.ing-zertifizierung.at](http://www.ing-zertifizierung.at)

# PRO GYMNASIUM: WACHSAM BLEIBEN!

Die Bildungspolitik ist in ständigem Wandel. Für uns MKVer gilt es dabei, uns auch weiterhin für Vielfalt und Bildungsqualität einzusetzen, dazu verpflichten uns der Generationenvertrag und das Prinzip Scientia. Ein Interview mit Wolfgang Türtscher (CLF), Landessprecher Vorarlberg der Initiative Pro Gymnasium. Das Gespräch führte Rudolf Öller (LBS), Chefredakteur des „Clunier“.

## Was gibt's Neues bei Pro Gymnasium?

Seit November 2018 sind wir nun – mit der Bestellung von Norbert Santner – in allen neun Bundesländern mit eigenen Landesorganisationen vertreten.

*Ist das wichtig, da seit mit Minister Faßmann die Bildungspolitik in Österreich eh „nach unseren Vorstellungen“ gestaltet wird?*

In der Politik können sich die Dinge schnell ändern. Erst kürzlich hat der Tiroler Landeshauptmann Platter seine Vorliebe für die Gesamtschule bekräftigt, und auch in Vorarlberg gibt es eine rührige Gesamtschulszene. Sie hat zwar keine Mehrheit in der Bevölkerung, weiß sich aber mit

Unterstützung der Medien, Interessensvertretungen und einigen Landespolitikern in Szene zu setzen.

*Wie groß war denn der Einfluss von Pro Gymnasium auf die bildungspolitischen Entscheidungen im Laufe des Jahres 2017, die ein vorläufiges Ende für die Gesamtschule in Österreich gebracht haben.*

Das können wir nicht abschließend beurteilen, aber wenn ich bewerte, was wir ständig hören, doch relativ groß. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass mit der Einführung der Gesamtschule keine Probleme gelöst werden und dass es dafür in der Bevölkerung keine Mehrheit gibt.

*Wie ist es zu Gründung von Pro Gymnasium gekommen?*

Im Oktober 2014 hat sich in Innsbruck Pro Gymnasium der Öffentlichkeit vorgestellt. Die konkreten Forderungen waren:

- Aufhebung der Blockade einer sachlichen Bildungsdebatte durch Beendigung der Gesamtschuldiskussion
- Erhalt des achtjährigen Gymnasiums (Vielfalt des Angebotes für Vielfalt der Begabungen und Interessen; Wahlmöglichkeit für Eltern)

- Änderung der Aufnahmekriterien am Gymnasium, längerfristiges Prognoseverfahren statt Notendruck am Ende der Volksschule
- Eine AHS-Langform in jedem österreichischen Bezirk
- Errichtung zusätzlicher Oberstufen-Standorte (ORG, BMHS) zur Erhöhung der Durchlässigkeit (insbesondere in ländlichen Regionen)
- Mehr Wertschätzung gegenüber der beruflichen Bildung und den Lehr-(Handwerks)berufen
- Verstärktes Erkennen und Beheben von Defiziten im Kindergarten-, Vorschul- und Volksschulalter, aber auch in der Erwachsenenbildung
- Mehr Unterstützungspersonal für Lehrer und Schüler (z.B. Psychologen, Sozialarbeiter) und Stärkung der Schulpartnerschaft
- Qualitativer Ausbau der ganztägigen Angebote und Verstärkung des kostenlosen Förderunterrichts sowohl für Begabungen als auch für die Kompensation von Defiziten.



**DR. RUDOLF  
ÖLLER (LBS)**

*hat Biologie, Physik und Informatik an Bregenzer Gymnasien unterrichtet, Lehrbeauftragter beim Roten Kreuz, war AHLB-V-x, Phx KBB, VMCV-LPhx, seit 2012 Chefredakteur der Verbindungszeitung „Der Clunier“ und seit 1996 als VN-Kolumnist („Scheinwerfer“) tätig.*



### *Blieb das auf Tirol beschränkt?*

Nein, Vorarlberg folgte auf den Fuß. Bereits am 11. Dezember 2014 wurde die Landesgruppe Vorarlberg – ich war und bin Landessprecher – der Öffentlichkeit im Zuge einer Pressekonzferenz bekannt gemacht. Ein Glücksfall für uns war, dass die Vorarlberger Schülerunion im Rahmen ihrer Kampagne „Talente durch Vielfalt“ uns vorstellte. Man konnte den durchaus gesamtschulaffinen Journalisten ihren Unmut anmerken! Die öffentliche Präsentation des sehr prominenten Unterstützungskomitees erfolgte am 26. Feber 2015 und am 8. Juli 2015 wurde der österreichweite Verein konstituiert. Zum Obmann wurde Altlandesrat Rainer Gögele (CLF) aus Vorarlberg gewählt, was sich als Glücksfall entpuppte. Weiters gehörten dem Vorstand Isolde Woolley, Peter Retter, Norbert Mutz (BES), Matthias Hoffer (NOH), Marina Floriani, Florian Dagn, Johannes Schretter, Ronald Zecha (TTI), Thomas Plankensteiner (R-B) und ich an. Die Gründung der Landesgruppen Salzburg, Tirol, Ober- und Niederösterreich gelang sehr schnell, und im November 2018 hatten wie dann „alle Neune“!

### *Da sind ja ganz schön viele MKVer und CVer dabei!*

Im engeren Kreis des Vorstandes waren und sind fast ausschließlich

katholisch Korporierte tätig. Das ist ein Qualitätsmerkmal, da kann man sich verlassen!

### *Wie siehst Du das bildungspolitische Engagement der großen Verbände MKV und ÖCV?*

In der ganzen Zeit des aktiven Kampfes konnten wir uns auf beide Verbände absolut verlassen – sie haben uns durch Beschlüsse und Öffentlichkeitsarbeit aktiv unterstützt!

### *Wie gestaltete sich Eure Tätigkeit?*

Wir konzentrierten uns auf die Öffentlichkeitsarbeit und das politische Lobbying – vor allem auf Bundesebene ist und war natürlich die Bundes-ÖVP unser Ansprechpartner. Durch die Beschlussfassung des neuen ÖVP-Grundsatzprogramms im Mai 2015 mit einem klaren Bekenntnis zum differenzierten Schulsystem gelang ein wichtiger Zwischenerfolg. Hier haben sich der damalige Generalsekretär der ÖVP und spätere Minister Gernot Blümel und der ÖAAB mit Obmann Wöginger sehr verdient gemacht.

### *Und die berühmte „Modellregion Vorarlberg“ mit dem „Forschungsprojekt“?*

Das Forschungsprojekt war eigentlich von Anfang nicht das Ergebnis

systematischer Politik, sondern die Reaktion auf die gescheiterte „Modellregion Lustenau“ im November 2012. Es erfüllt auch den Anspruch der Wissenschaftlichkeit nicht. Der Vorarlberger Landtag beschloss zwar im Juli 2015, man könnte die Gemeinsame Schule als Ende der Reformbemühungen einführen, wie gesagt könnte – eine andere Form hätte in der ÖVP auch keine Mehrheit gefunden. Trotz vieler medialer Bekenntnisse hat es in Vorarlberg gesamtpolitisch nie eine Mehrheit für die Gesamtschule gegeben. Mit dem Bildungsreformgesetz 2017 ist die „Modellregion“ auch rechtlich nicht mehr umsetzbar – eine allfällige Entscheidung über einen Gesamtschulversuch fällt ausschließlich am Schulstandort!

### *Wo seht Ihr in Zukunft Eure Aufgabe?*

Wachsam bleiben!



### **MAG. WOLFGANG TÜRTSCHER (CLF)**

*unterrichtet Deutsch, Geschichte und Ethik am Gymnasium Bregenz-Blumenstraße. Er ist VMCV-Ehrenvorsitzender, seit 1990 Obmann der VHS Götzis, seit 1995 Bildungsreferent des ÖAAB-Vorarlberg, seit 2011 Obmann der ÖAAB-Lehrer in Vorarlberg, 2014 Vorarlberger Landessprecher und 2015 Bundespressesprecher von Pro Gymnasium.*

*Die ProGymnasiums-Landessprecher sind: Josef Mayer (B); Norbert Santner (K), Brigitte Wöhner (NÖ), Iris Fries (OÖ), Gunter Bittner (S), Gerda Lichtberger (Stmk), Isolde Woolley (T), Wolfgang Türtscher (V), Robert Baldauf (W).*

# ER, SIE, ES NERVT

Gedanken zu den Ausdrucksweisen einer dekadenten Gesellschaft: Warum der Gender\* für keine Gerechtigkeit sorgt. Ein Gastkommentar von Sophie Lauringer.

Ich tat mir mit dem Lesen nach einer ersten Lernphase in der Schule nie besonders schwer. Man konnte mich mit acht Jahren schon als kleine Leseratte bezeichnen. Ein erster Einschub: Das wäre heute nicht mehr so einfach zu sagen. War ich eine Rättin oder doch eher eine Ratt\*In, denn meine sexuelle Orientierung war noch nicht fixiert? Ich wusste auch nicht, dass ich 40 Jahre später die Möglichkeit haben würde, mein Geschlecht auszuwählen zu können. Zurück zum Lesen: Erstmalig stolperte ich als Maturantin in das mir bis dahin völlig unbekannte Wort „StudentIn“. Ich rätselte, was damit wohl gemeint sein könnte - oder war es doch ein Tippfehler? Das konnte jedoch nicht sein, da im gesamten Werbefolder für die ÖH-Wahlen – damals war damit die Österreichische Hochschüler\*innen-Schaft ohne I\*\_ gemeint – die „Studentin“ falsch geschrieben worden war. Erklärt wurde mir von

einem Langzeitstudenten, der für die Kommunisten kandidierte, dass damit männliche und weibliche Studenten gemeint wären. Zusätzlich erläuterte er mir, wie gerecht es in der DDR zugehe, da Männer und Frauen gleich viel verdienen würden wie auch Arbeiter und Fabriksleiter. Die DDR hörte wenige Monate später auf zu existieren. Der Versuch der geschlechter-(selbst-)gerechten Sprache wurde erst später zur Sprechdiktatur.

## GOTT ALS SCHÖPFER\*\_IN?

Ich bin keine Politikwissenschaftlerin, ich kann nicht sozialwissenschaftlich argumentieren, aber ich liebe die deutsche Sprache. Als Frau konnte ich nie verstehen, wie Gerechtigkeit unter den Geschlechtern mit schlechter Ausdrucksweise zusammenhängen. Es nervte mich einfach immer nur beim Lesen der diversen ÖH-Pamphlete, die ich während meines Studiums zugeschickt bekam. Das tut es heute noch immer, wenn auch noch ausgeprägter differenzierter und in der Praxis wesentlich dümmere: Wenn ich in einer Radiosendung von Ö1 einen Beitrag über „Arbeiterinnen“ höre, bin ich verwundert, dass ein Mann zu Wort kommt. Vom Wiener Burgtheater, der führenden deutschsprachigen Bühne, erhalte ich Post, in der von Schauspieler\*innen gesprochen wird. Im Online-Video einer katholischen Lobbyorganisation wird Gott als „Schöpferin“ bezeichnet. In einem

Gebet hörte ich von „Gott, unserem Vater und unserer Mutter“. Einschub 2: Wird irgend\*jemand\_In durch diese Formulierungen vom Kirchenaustritt abgehalten oder gar umgekehrt zum Kircheneintritt motiviert? Fühlt sich der/die Transgender-Frau-Mann so von Gott oder in der Glaubensgemeinschaft der Kirche mehr angenommen, aus der er/sie/es ohnehin aufgrund der personalen Würde nie ausgeschlossen ist?

Es ist meine tiefe Überzeugung, dass die Diktatur des Genderismus die Dekadenz unserer Gesellschaft widerspiegelt. Meiner Großmutter war es im Jahr 1945 wohl herzlich egal, ob ihre beiden Töchter geschlechtergerecht behandelt werden. Sie dankte Gott, dass russische Soldaten die Siebenjährige nicht erschossen, nachdem sie freundlich mit „Heil Hitler“ begrüßt hatte. Das hatte man dem kleinen Mädchen und Millionen anderen Kindern damals in der Schule so beigebracht. Was hatte meine Großmutter aber während der für sie schlimmen Nachkriegsjahre angesichts der wirtschaftlichen Ruinen erkannt? Ihre zwei Mädchen sollten eine gute Ausbildung bekommen und immer finanziell unabhängig sein. Was man im Kopf hat, kann man überallhin mitnehmen. Bei allen Herausforderungen ist ihr das großartig geglückt. Dazu brauchte es keinen sinnentleerten Gender\* oder Lehrstühle für „Gender Studies“, sondern einen starken Willen,



**MAG. SOPHIE LAURINGER (ELW)**

*verantwortet die Kommunikation der Salesianer Don Boscos in Österreich. Auch hier ist die geschlechtergerechte Sprache ein Thema. Es gab bereits den Versuch, die männliche Ordensgemeinschaft als Salesianer\*innen zu bezeichnen.*



Fleiß und Hausverstand. Das gilt wohl selbstverständlich für Mädchen und Buben.

### SELBSTBESTIMMT STATT SELBSTGERECHT

So schaffte meine Mutter ihr Studium mit einem Baby und arbeitete acht Wochen nach meiner Geburt wieder als Lehrerin. Ich kann mich nicht daran erinnern, jemals vernachlässigt worden zu sein. Ich verstand dafür die Frage bei der Volkszählung nicht, wer der „Haushaltungsvorstand“ sei. Meine Eltern hatten ihre familiären Aufgaben für beide selbstbestimmt statt selbstgerecht aufgeteilt. Mein Vater verdiente zwar mehr Geld und war weniger zu Hause. Dafür übernahm

meine Mutter Aufgaben im Haushalt und bei uns Kindern, für die sie mehr Zeit hatte.

Vor diesem Hintergrund konnte ich nie verstehen, wo Frauen benachteiligt werden. Junge Mütter in meinem Umfeld arbeiten zumeist, wenn ihre Kinder ein Jahr alt sind. Viele Väter, die ich kenne, nützen die Möglichkeit des „Papa-Monats“. Wo Frauen an den Herd gedrängt werden, sehe ich nicht. Ich gebe aber zu, dass ich mich nie selbst getraut hätte, nicht Vollzeit zu arbeiten. Dafür erntete ich von einem früheren Vorgesetzten den Satz: „Du entsprichst nicht dem Idealbild einer katholischen Mutter.“ Gerade in Zeiten als Alleinerzieherin war mir das sichere Geld monatlich auf

dem Konto lieber. Wohin führte das in der nächsten Generation? Meine Tochter studiert ebenfalls und in meiner Ehe benötigen wir beide keinen Gender\*, um unsere Identität zu leben. Ein Binnen-I hat mir nie einen Vorteil gebracht, außer, dass es sich mit dem \* und \_ ungebeten in meinem Alltag geschlichen hat, die Sprache verhässlicht und mich richtig nervt.

Nachsatz: Eine junge Kollegin, der man schon in der Schule und fortgesetzt an der Universität das Gendern erfolgreich eingetrichtert hat, fragte ich: „Glaubst du, dass irgendeine Frau besser behandelt wird oder einen gerechteren Lohn erhält, wenn in Texten gegendert wird?“ Sie verneinte.

Rollen-/Bogenoffsetdruck  
Werbemittlung/beratung  
Verlagsproduktionen  
Projektmanagement

**kny**partner

Kompetenz seit 1997

#### Kontakt:

Kny & Partner  
Christoph R. Kny v. Grizzly  
TuM! FbM! Rg!  
c.r.kny@knyundpartner.com  
0043 676 310 67 14



## GESCHICHTE UND SPRACHE



Unser Prinzip „Patria“ umfasst auch den Auftrag, uns mit unserer Geschichte zu befassen. Zu diesem Thema wurde nach langen Diskussionen im November 2018 zum nunmehr 100-jährigen Bestehen der Republik das „Haus der Geschichte“ eröffnet. Wie auf [www.hdgoe.at](http://www.hdgoe.at) zu lesen, ist dies „das erste zeitgeschichtliche Museum der Republik“. Diese Feststellung stimmt allerdings nicht, denn bereits im September 2017 hat das Haus der Geschichte in St Pölten seine Pforten geöffnet. Das Haus der Geschichte am Wiener Heldenplatz versteht sich (siehe Webseite) auch als „Verhandlungsort und Diskussionsforum“ und fühlt sich zu folgendem Aufruf bemüht: „Haus der Geschichte sucht Ideen für Nutzung des Hitler-Balkons“. Ja, es steht wirklich dort: „Hitler-Balkon“! Die Variante, den Balkon zunächst einmal gar nicht zu benennen und ihn zweitens am besten NICHT zu nutzen, ist nicht vorgesehen. So wird der Tiefpunkt der österreichischen Geschichte zum Anlass für einen Wettbewerb genommen, wie man das Weltkulturerbe „Hofburg“ optimal verschandeln kann. Anstatt die damalige Anschluss-Hysterie zu verurteilen, wird der an sich unschuldige Balkon bestraft. Es wird dem Nationalsozialismus zu viel Ehre erwiesen, wenn man zu seinem Andenken eine derartige Aktion startet, das ist ein klarer Fall von „Wiederbetätigung“! Man sollte aus der jüngeren Geschichte lernen, dass die Anbiederung Österreichs an Deutschland bereits zweimal gehörig danebengegangen ist: zum einen die „Waffenbrüderschaft“ des ersten Weltkrieges, die zum Untergang der Donaumonarchie führte, zum anderen der „Anschluss“ 1938, der in den zweiten Weltkrieg mündete. Das leider immer noch vorhandene Anlehnungsbedürfnis und mangelnde Selbstvertrauen der Österreicher wird mit ungerechtfertigter Überheblichkeit kaschiert, tritt aber andererseits etwa als „sprachlicher Anschluss“ wieder zutage. Ein kritischer Blick in den täglichen Blätterwald ist ernüchternd. Die Zahl der in unterwürfigem Nachahmungstrieb in den Text eingestreuten „Deutschlandismen“ nimmt von Tag zu Tag zu, die österreichische Identität der Blätter in gleichem Maße ab. Ein weiteres Zeichen mangelnden Selbstwertgefühls und mangelnder Sensibilität zeigt sich darin, dass man kaum eine politische, wirtschaftliche oder soziale Maßnahme diskutiert, ohne dass ein positiver oder negativer Vergleich zu Deutschland gezogen wird. Man kann natürlich mit der Schulter zucken und zur Tagesordnung übergehen oder aber bewusst mit einem geistigen Umbau gegensteuern. Der Umbau von Balkonen ist dafür ein untaugliches Mittel oder bestenfalls ein Alibi.

Euer *Wieland*

## LIEBE BUNDES- UND KARTELLBRÜDER!



Das Generalthema des heutigen „Couleur“ lautet Gesellschaft. Zu diesem gäbe es viele gute Ansätze, ich probier´s ein wenig anders...und verzeiht mir bitte den etwas plumpen Wortwitz zu Beginn.

Wir sind in unseren Korporationen vielfach Meister im Gesellschaft-leisten, witzig, oftmals gentlemenlike sprachlich eloquent, im Smalltalk erfahren und auf allen Kommensen zwischen der Schweiz und Czernowitz im Comment brillant, gerade auch als Österreicher mit Schmähd jederzeit gern gesehen.

Aber wird´s nicht endlich wieder Zeit, dass wir unseren Aktiven beibringen und uns selbst eingestehen sollten, dass wir auch etwas für die Gesellschaft zu leisten haben? Dass wir diese nicht zu erfreuen, sondern in unserem Sinne zu prägen haben?

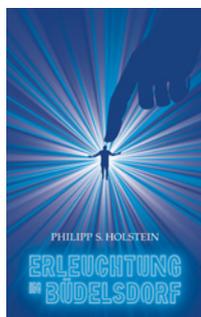
Sicherlich waren unsere Gründerväter auf der Suche nach Gesellschaft untereinander, als sie unseren Typ von Studentenverbindung gegründet haben, aber doch vielmehr dachten sie an ein Zeichen gegen den Zeitgeist, der damals auf unseren Universitäten antikatholisch und deutschnational war! Und streicht das deutschnational, die inzwischen nur noch ein paar wenige vernachlässigbare Unverbesserliche vertreten, dann sind wir wohl mitten in unserer derzeitigen Lebenswelt.

Von den Bars unserer Buden aus, so verlockend sie auch sein mögen, wenn sie uns zur promillgeschwängerten Diskussion darüber laden, dass früher alles besser war und die heutige Welt einfach böse ist, hat noch niemand die res publica verbessert! Von den uns zustehenden Plätzen in der Mitte der Gesellschaft jedoch, sei es pars pro toto im Berufsleben, in der großen und kleinen Politik, im Pfarrgemeinderat oder auch einfach nur bei der Erziehung unserer engeren oder weiteren Familie, sieht´s schon anders, wenn auch mühsamer aus. Dort ist der Platz des Korporierten in der societates, dort soll er wirken. Denn das Zurückziehen und auf bessere Zeiten oder die Ankunft des gesellschaftsverändernden politischen Messias warten darf und soll niemals unsre Maxime sein! Also, liebe Kartell- und Bundesbrüder, daher „Burschen heraus“ und leisten wir unseren Teil in der Gesellschaft, meint

Euer *Gambrius*

## PAUL HÖRT EINE STIMME IM KOPF

Dieser Roman spielt auf zwei Ebenen. Zum einen wäre da der bequeme Langzeitstudent Paul, der von seiner Freundin verlassen wird und sich aus Frust betrinkt. Natürlich wird er von der Polizei einkassiert und wacht am nächsten Tag im Krankenhaus auf. Zwar ohne Hose oder Erinnerung, aber dafür mit einer Stimme im Kopf! Es ist Gott, der ihn beauftragt, Liebe und Frieden auf die Welt zu bringen. Das passt Paul gar nicht. Während er sich mit dieser sonderbaren Situation herumschlägt, taucht ein hübsches Au-pair-Mädchen in der Stadt auf...



Auf der anderen Ebene unterhalten sich ein junger Pfarrer, der an seinem Glauben zweifelt, und ein älterer Psychiater, der an seinem Unglauben zweifelt, über Pauls Erlebnisse und philosophieren dabei launisch über die Frage nach der Existenz Gottes.

Ein witzig geschriebenes Buch, das mit vielen skurrilen Szenen – vom Unfalltod eines Meerschweinchens bis zum Drogenrausch in der Sauna – aufwartet, nebenher locker ein paar ernsthafte Fragen aufwirft und schließlich zu einem glücklichen Ende führt.

Philipp S. Holstein:

### **Erleuchtung in Büdelsdorf**

Morixen Verlag, Hardcover, 192 Seiten, ISBN: 9783944596174, 16,00 €  
(E-Book ISBN: 9783944596181, 8,99 €)

## DAS ERBE DES KATHOLISCHEN COULEURSTUDENTENTUMS IM (SÜD-)SUDAN

Couleurstudententum, Sudan, Katholizismus? Unzusammenhängende Themenbereiche? Nur auf den ersten Blick! Denn es war die „Österreichische Mission in Zentralafrika“ (1848-1916), samt ihren katholisch korporierten Missionaren, die den Grundstein dafür legte, dass der heutige Südsudan ein mehrheitlich katholisches Land ist. Sie war in den südlichen, schwarzafrikanischen Teilen des Sudans aktiv – also jenem Gebiet, das 2011 als Republik Südsudan unabhängig wurde. „Österreichisch“ war sie, weil sie unter dem offiziellen völkerrechtlichen Protektorat der Habsburgermonarchie stand, die meisten Missionare aus Österreich kamen, und sie von offiziellen und privaten Beiträgen aus Österreich finanziert wurde.

Der Geschichte dieser – fast schon in Vergessenheit geratenen – Österreichischen Sudan-Mission geht der österreichische Diplomat Kbr. Dr. Gerhard Jandl (HRW) nach. Dabei untersucht er auch die tragende Rolle der zahlreichen Angehörigen katholischer Studentenverbindungen als Missionare, als Unterstützer in der Heimat und im Kreis der Forscher, die den damaligen Weltruf der österreichischen Afrikanistik begründeten.



Auf die – kompakt geschriebene und mit zahlreichen Bildern sowie köstlichen zeitgenössischen Zitaten garnierte – historische Darstellung folgen allerhand Kuriositäten rund um die Mission, eine Auflistung aller (!) bekannten korporierten Missionare und Förderer (darunter zahlreiche MKVer), ein Überblick über die aktuell laufenden Projekte zur Unterstützung des kirchlichen Schulwesens im Südsudan, sowie Kurzfassungen des Buchinhalts auf Englisch und auf Französisch.

Gerhard Jandl:

### **„Österreichs Name ist der wohlklingendste im ganzen Sudan“ – Die Mission in Zentralafrika (1848-1916) und die katholischen Couleurstudenten.**

Band 17 der Reihe „Tradition und Zukunft“, 160 Seiten, 16,- Euro.  
ISBN 978-3-903295-17-9.

Bestelladresse: Österreichischer Verein für Studentengeschichte, Weimarer Straße 5, A-1180 Wien, oevfstg@aon.at.



## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Mittelschüler-Kartell-Verband der katholischen farbentragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV)

Laudongasse 16, 1080 Wien;

**Telefon:** 01/523 74 34-0, **Fax:** 01/523 74 34-9,

**E-Mail:** [kanzlei@mkv.at](mailto:kanzlei@mkv.at),

**Internet:** [www.mkv.at](http://www.mkv.at);

**ZVR-Zahl:** 646503058

**Geschäftsführer:** Walter Gröblinger (OCW).

**Vorstand:** Walter Gröblinger (OCW), Wolf Steinhäusl (FOE), Wolfgang Schmidt (HES), Dr. Gregor Jansen (SOP).

**Chefredakteur:** Philipp Jauernik (FRW), [couleur@mkv.at](mailto:couleur@mkv.at).

**Mitarbeit:** Tobias Klaghofer (VBW)

**Cover:** Medienteam Pennälertag

**Fotos:** Sofern nicht anders angegeben: MKV, privat.

**Layout:** Gebrüder Pixel Kränkl & Sandpeck OG, Schließmannngasse 18/2, 1130 Wien, +43 676 3355520.

**Auflage:** 25.000 Stück.

**Verkaufspreis:** EUR 3,-, Jahresabo EUR 12,- (inkl. Porto Österreich).

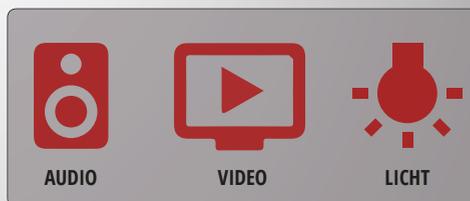
**Druck, Produktion & Anzeigenverwaltung:** Kny & Partner, Parkstraße 2/16, 2340 Mödling.

[office@knyundpartner.com](mailto:office@knyundpartner.com), +43 676 3106714.

**Verkaufsstellen:** MKV-Kanzlei, Adresse s.o.; WStV-Kanzlei, Wien 8., Laudongasse 16; Denkmeyr Thomas, im Hatric 1, 8230 Hartberg; Wacker Norbert, Hall/Tirol, Oberer Stadtplatz 9; Wacker Martin, Innsbruck, Museumstraße 38; Sezemsky Josef, Innsbruck, Bruneckstraße 162.

**Blattlinie:** Das „Couleur“ ist die österreichweite Verbandszeitung des MKV und als solche politisch unabhängig. Ziel ist die Information aller Mitglieder und Interessenten im Rahmen eines kritischen, auf den Grundsätzen des MKV aufbauenden Jugend- und Mitgliedermagazins. Das Couleur versteht sich als Debattenmagazin, in dem Themen kontroversiell diskutiert werden können. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung des Herausgebers entsprechen.

Im Sinne der Lesbarkeit und des Respekts verwenden wir die grammatikalisch korrekten Bezeichnungen, die beide Geschlechter umfassen.



**Technik.**

**Fürs Stiftungsfest. Den Vortrag.  
Die Hochzeit. Die Party.**

**Für alles, was vorstellbar ist.**

**Und darüber hinaus.**



**Alexander Tromet v. Alexander II, DMW**  
+43 676 741 60 90 | [office@allxtrem.at](mailto:office@allxtrem.at) | [www.allxtrem.at](http://www.allxtrem.at)

# PENNÄLERTAG 2019



# SOMMERFEST 2019





Alle Kurse  
online suchen  
und buchen auf  
[wifwien.at!](http://wifwien.at)

Web-App-Programmierer\*

**Lern  
dich  
weiter.**

Baumpfleger



\* Teil eines WKO-Bildungspfades

Jetzt online buchen. | [wifwien.at](http://wifwien.at)

Denner, Meirick & Bergmann